Igel 53: Grenzen der Freiheit

Willkommen zum besten Igel den diese Redaktion bisher erstellt hat. Harald Schmidt sagte einmal: "Niemand liest Vorwörter" und dies scheint eine sehr zutreffende Beobachtung zu sein.

Nichtsdestotrotz soll hier versucht werden, das Titelthema dieses Igel genauer zu erläutern. Freiheit und Grenzen ist ein umfangreiches Thema und erscheint mehr noch so wenn bewusst auf eine Eingrenzung verzichtet wird.

In dieser Igelausgabe erwarten euch Artikel die auf verschiedene Weise mit den Grenzen und Freiheiten der Welt umgehen, ob es nun um geistige Freiheit, Stacheldrahtzäune oder gesetzlicher Vorschriften geht. Wir hoffen das der Rote Faden des Igels dennoch ersichtlich ist.

Weiterhin haben wir einen einseitigen Leserbrief zum letzten Igel erhalten und in dieser Ausgabe abgedruckt. Die Redaktion freut sich sehr über diese Beteiligung an Debatten und wünscht sich mehr davon, auch wenn wir natürlich nicht immer versprechen können alle Leserbriefe abzudrucken.

Als weitere Möglichkeit der Beteiligung existiert natürlich auch die GJN - Debattenliste, bitte fühlt euch dazu aufgerufen Igelartikel auf dieser zu zitieren und zu diskutieren!

Die IGEL-Redaktion wünscht euch viel Spaß bei der Lektüre dieser bunten Ausgabe und freut sich über die Diskussionsbeiträge der zahlreichen AutorInnen!

Eure Redaktion

Inhalt

Titel - Freiheit und Grenzen

Wo ist die Grenze für Parteien?	3
Befreiung der ICH AG	4/5
USA: Land der begrenzten Möglichkeiten	6/7
Bolivien: Vom Salpeterkrieg bis zum Streit um das Media Luna	8/9
Die Grenzen des guten Geschmacks	11
Außen vor statt mittendrin	12
Halbe Menschen	13
Grenzenloses Europa: Allerlei oder Einheitsbrei	14/15
Plädoyer für Freizügigkeit	16/17
Sprich doch mit meinen Händen	18/19
Ökologische Grenzen des Kapitalismus	20
Freie Schulen	21
Freiheit von Kultur	22/23
Gratis ÖPNV hui, Umweltplakette pfui	24/25
Schwarz, Rot, Gelb und Grün: Mehr als nur Farben?	26/27

Thema

Die Entdeckung der Kriechtiere	28
Leserbrief zu Serielle Monogamie	29
Dialog mit FundamentalistInnen/Christival	30

Intern

Bericht vom Landesvorstand	31
Basisgruppenticker	32/33
Addressen und Termine	34
Impressum	35

Was'n GJN?

GJN, das ist der Landesverband der GRÜNEN JUGEND in Niedersachsen. Bei uns sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 28 Jahren politisch aktiv und stellen so einiges auf die Beine.

Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen wirken wir in und außerhalb der Partei, tragen junge Positionen in die Gesellschaft.

Die GJN ist ein progressiver Jugendverband und orientiert sich an den Grundsätzen Ökologie, Basisdemokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

Wir bündeln und vernetzen die Aktivitäten der Basisgruppen in Niedersachsen. Dazu gehören unsere Landesmitgliederversammlungen, Seminare, Workshops und gemeinsame Großaktionen.

Wenn auch Du all dies bewirken willst, dann komm zur GJN!

Wo ist die Grenze für Parteien?

Neben uns Niedersachsen haben nun auch die NRW-Grünen auf Antrag der Jüngeren einen Beschluss für eine Neuauflage des NPD-Verbotes gefasst. Bislang haben sich sowohl die GRÜNE JUGEND als auch die Grünen auf Bundesebene dagegen ausgesprochen. Einige Innenminister der Länder scheiterten im Frühjahr kläglich mit einem Versuch, ein Verfahren einzuleiten. Es stellt sich die Frage: Ist es denn überhaupt möglich, die NPD zu verbieten und ihr Wirken zu beschränken?

JAN PHILIPP ALBRECHT

Die Fakten liegen auf der Hand: Bei der Kommunalwahl in Sachsen ist die NPD in alle Kreistage eingezogen. Über 200 Kreistagsabgeordnete deutschlandweit – davon drei Viertel im Westen. In zwei Landtagen sitzt die Partei in Fraktionsstärke und kassiert etliche tausend Euro durch Wahlkampfkostenerstattung und Fraktionsgelder. Sollte die Partei zukünftig keine Fehler mehr bei den Parteifinanzen machen und auf die Idee kommen, ihren Jugendverband und eine rechte Stiftung in die staatliche Finanzierung einzuklagen, stehen uns braune Zeiten bevor. Der Kampf gegen Rechts wird zu einer Farce, weil weniger Geld vom Staat für Rechtsextremismusprogramme ausgegeben wird, als für rechtsextreme Parteien.

Die Initiative des hiesigen Innenministers Schünemann für eine Beschränkung der Parteienfinanzierung wird ins Leere laufen. Sollte der beauftragte Rechtsgutachter ihm nicht nach dem Mund reden, wird er ihm deutlich machen, dass dies nicht mit den Grundsätzen unserer Verfassung vereinbar ist. Wir wissen als Grüne ganz genau, wie wichtig die Gleichbehandlung der Parteien für die Demokratie in unserem Land ist. Natürlich befinden wir uns hier in einem Dilemma: So lange die NPD als Partei nicht verboten wurde, genießt sie grundsätzlich die gleichen Rechte wie jede andere Partei. Was also tun? Der Ruf nach einem neuen Verbotsverfahren liegt nahe. Doch Pro hin, Contra her – hätte es denn Erfolg?

In Deutschland gab es eine Reihe an Parteiverboten in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. Seit einigen Jahren ist keine relevante Partei mehr verboten worden. In dieser Zeit hat sich die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) – insbesondere in Bezug auf etliche Parteiverbote in der Türkei – stark ausgeprägt. Sollte das Bundesverfassungsgericht die NPD tatsächlich verbieten, was ja nur gelänge, wenn zuvor alle V-Leute des BND abgeschaltet würden, so könnte die NPD in Straßburg auf ihre Rechte aus der Menschenrechtskonvention klagen. Und obwohl der EGMR ein Parteiverbot als ein Mittel der wehrhaften Demokratie begreift, sind die Hürden ziemlich hoch.

Für ein menschenrechtskonformes Parteiverbot muss eine der Partei zurechenbare unmittelbar drohende Gefahr bestehen, die mit dem Grundwesen der Demokratie unvereinbar ist. Es spricht sogar einiges dafür, dies bei der NPD anzunehmen. Letztlich wird aber die größere Gefahr sein, dass viele Rechtsextreme zu den neuen mehr rechtspopulistisch auftretenden Parteien, wie PRO-Köln, PRO-NRW oder WUT in Bremen überlaufen. Sollte es dazu kommen, wird sich langfristig eine etablierte Partei rechts von der Union bilden, die sich nicht mehr beschränken und nur noch schwer politisch bekämpfen lässt. Deshalb gibt es derzeit nur eine schlichte Lösung: Kämpfen gegen Rechts, auf dass sie keine Stimmen mehr bekommen!

Jan Philipp Albrecht (25) ist Sprecher der GRÜNEN JUGEND und der Grünen-LAG Demokratie & Recht.

Befreiung der ICH AG

Über die Paradoxien wachsender Selbstbestimmung.

OLE HILBRICH

In einem Artikel der Wirtschaftszeitung Brand Eins wird das hierarchiefreie Unternehmen als Modell der Zukunft vorgestellt: Das Management kann abgeschafft werden, einen Auftrag nimmt das Unternehmen nur an, wenn er interessant genug ist. WissensarbeiterInnen brauchen Freiraum für Kreativität und Eigeninitiative - da stört der kritische Blick der ChefIn nur. Wenn die MitarbeiterInnen erzählen, klingt das sehr nach dem Marx'schen Ideal selbstbestimmter Produktion „heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe". Doch Kessels & Smit, so heißt die niederländische Firma, ist eine Unternehmensberatung, die Weltkonzerne und Staatseinrichtungen berät, damit diese durch effizienteres Wirtschaften ihre Produktivität steigern. Es scheint als versöhnten sich in einem Musterbetrieb Anarchismus und Kommunismus mit der Marktwirtschaft, als hätte die effizienzbedingte Selbstanpassung des Kapitalismus schlussendlich selbst das Ende der Ausbeutung hervorgebracht.

Kessels & Smit ist dabei keineswegs eine Ausnahmeerscheinung. Unter den Stichworten „Flexibilisierung" und „Deregulierung" findet in den industrialisierten Gesellschaften spätestens seit den 1990er Jahren eine Neuorganisation der Arbeitsbeziehungen statt. Flexible Gleitzeit statt Arbeitsbeginn nach der Werksuhr, der Abschied vom Fließband in Industrieunternehmen, Arbeit von Zuhause am Computer und ein kooperativer Führungsstil der Vorgesetzten berücksichtigen, dass engagierte ArbeiterInnen vor allem durch eins blockiert werden: Zu strenge Vorgaben und starre Hierarchien die Kritik erdrücken und Fehler im Betriebsablauf unnötig verschleppen.

Die schöne neue Arbeitswelt hat jedoch Schattenseiten, die nicht nur darin bestehen, dass selbstbestimmte Arbeitsformen vor allem einer Bildungselite in den Wissensgesellschaften zur Verfügung stehen. ArbeitssoziologInnen wie Günter Voß, Kerstin Jürgens und Hans Pongratz beobachten eine „Entgrenzung der Arbeit", die zu zunehmender „Verbetrieblichung der alltäglichen Lebensführung" und einer „systematischen Selbst-Kontrolle" der Arbeitenden führt. Dauerstress und Burn-Out-Syndrom sind Symptome einer Lebensweise, die von jeder Einzelnen verlangt, dass sie sich mit den Projekten identifiziert, mit denen sie ihren Lebensunterhalt verdient. Notfalls heißt das für die Arbeit auch das Privatleben zu opfern. Freundschaften werden zu Geschäftsbeziehungen, das eigene Zuhause zum Arbeitsplatz und die Freizeit zur Arbeitszeit im entspannteren Modus. Rückzugsräume werden so dem Erfolgsdruck wirtschaftlichen Handelns unterworfen und wer beruflich versagt, dem bleibt nichts, woran er oder sie Halt findet. Ausbeutung wird durch ein vorangestelltes „Selbst-" ergänzt und funktioniert effektiver als jeder Zwangsmechanismus es erlauben würde.

Soziologische Untersuchungen zeigen das Pate für die neue Arbeitsorganisation oft das anarchistische Prinzip der Selbstorganisation stand - erprobt in Politgruppen und Projekten der Gegenkultur in den 1970er Jahren. Ge-

gossen in die Forderung der „Humanisierung der Arbeitswelt“ wurde in der politischen Debatte an die UnternehmerInnen das herangetragen, was für sie auch wirtschaftlich Sinn macht: Wenn ihr uns nur menschlich arbeiten lasst, dann wird das auch den Gewinn steigern.

Neoliberalismus und linke Alternativbewegung gehen hier unfreiwillig eine merkwürdige Partnerschaft ein: Befreiung von Zwängen dient sowohl der Selbstverwirklichung als auch der Entfesselung von Marktkräften. Freiheit wird zum Imperativ, zu dem es keine Opposition gibt, weil alle mit ihm einverstanden sind.

Ein Blick auf die gesellschaftlichen Reformen, die diesem Denkschema folgen, beweist, dass Befreiung, die also auch Ökonomisierung bedeuten kann, mittlerweile alle Bereiche der Gesellschaft erfasst. Dies zeigt sich besonders im Bildungssystem, das gesellschaftliche Trends als „Anforderungen an die Zukunftsfähigkeit“ aufnimmt und an die nächste Generation weitergibt: Wochenplanarbeit statt Frontalunterricht, selbstorganisierte Gruppenarbeit und Vermischung von Arbeits- und Lebensphasen in Ganztagsschulen sind progressive Forderungen, die die Selbstbestimmung von jungen Menschen steigern sollen. Unter dem Druck von Noten und verkürzter Schulzeit, die wirtschaftliche Zwänge im Arbeitsleben simulieren, regen sie jedoch zum Erlernen von „unternehmerischen Handeln“ und nicht zu Kooperation und Widerstand gegen Fremdbestimmung an. Untersuchungen über Schulstress belegen, dass auch die negativen Charakteristika moderner Arbeitsformen in den Schulen längst Einzug erhalten haben.

Ein ähnliches Bild lässt sich für die aktivierende Arbeitsmarktpolitik zeichnen, in der die „bevormundende Verwaltung“ von Arbeitslosigkeit im vermeintlichen Interesse der Arbeitssuchenen unter rot-grün durch unternehmerischen Mobilisierung abgelöst wird. Sprachlich schlägt sie sich im Instrument der ICH-AG nieder. Stress und Unwohlsein steigen, da den Opfern von Arbeitslosigkeit ihre eigene Verantwortlichkeit für ihre gesellschaftliche Ausgrenzung durch den Jobverlust nahe gelegt wird.

Durch die Übernahme ökonomischer Zwänge in das eigene Denken gewendet, erscheint Selbstbestimmung hier als Schreckbild, das einen Menschen nur noch weiter von seinen anderen Bedürfnissen entfremdet. Ist es also Zeit sich von der Forderung nach mehr Selbstbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft zu verabschieden?

Freiheit und Selbstbestimmung sind nicht die einzigen Werte die Menschen zum glücklichen Leben bedürfen. Die Beispiele beweisen, dass der gesellschaftliche Rahmen in denen vermeintlich selbstbestimmte Handlungen stattfinden über deren wirkliche Qualität mitbestimmt.

Da der Trend zu Selbstbestimmung, die unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zu Verbetrieblichung und Selbstausbeutung führt, sowohl politisch, als auch durch das Verhalten jedes Einzelnen vorangetrieben wird, muss der Widerstand dagegen auf den unterschiedlichen Ebenen stattfinden. Individuell müssen wir erkennen, dass es auch in unserem Interesse sein kann, eine Chance nicht zu ergreifen. Politisch sollten wir dafür sorgen, dass diejenigen die Opfer entfesselter Marktkräfte werden, nicht auch noch durch die Vorstellung belastet werden, selbst Schuld an ihrer Misere zu sein. Langfristig kann die gegenwärtige Täuschung wachsender Selbstbestimmung jedoch nur abgelöst werden, wenn der neoliberale Kontext in dem heutzutage über Politik gesprochen wird, durch Denken in solidarischeren Kategorien abgelöst wird.

Glossar:

Wissensgesellschaft/WissensarbeiterInnen:
Beschreibung der gegenwärtigen Gesellschaft, die die Rolle von Wissen für wirtschaftliche Prozesse und menschliches Zusammenleben betont. Als typische WissensarbeiterInnen können UnternehmensberaterInnen, ForscherInnen und EntwicklerInnen gelten.

Burnout:
Zustand totaler Erschöpfung mit körperlichen Beschwerden wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen und Magenschmerzen. Betroffene leiden ins Besondere unter dem von ihnen wahrgenommenen Kontrollverlust in ihrer familiären oder beruflichen Umwelt.

Literatur:

Laudenbach, Peter (2008): Lernende Firma. In: brand eins 5/2008. Abrufbar unter: http://www.brandeins.de

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main.

Voß, G. Günther/Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?

Ole Hilbrich (21) ist IGEL-Redakteur und führt momentan eine kritische Beziehung mit seinem „unternehmerischen Selbst“.

USA: Land der begrenzten Möglichkeiten

Ein Bericht über Armut und Obdachlosigkeit in der amerikanischen Großstadt Cleveland.

DAGMAR HÖLSCHER

Viele Menschen assoziieren mit den Vereinigten Staaten den Begriff der Freiheit. Für die Entstehung dieser Verknüpfung ist zum einen die Geschichte der USA als eine der ersten Demokratien der Welt verantwortlich. Auch die Ideologie des Amerikanischen Traumes verstärkt die Wahrnehmung der USA als Land der individuellen Freiheit. Freiheit ist in den USA jedoch vor allem eine Freiheit derer, die in der Gesellschaft partizipieren können und wettbewerbsfähig sind. Sozial benachteiligte Menschen, die auf die Hilfe anderer angewiesen sind, zerbrechen an dieser Freiheit.

Ich habe für zwei Wochen eine Freundin in Cleveland besucht, die dort seit drei Jahren Freiwillige in einer alternativen Lebensgemeinschaft ist. Durch meinen dortigen Aufenthalt habe ich sowohl die alltäglichen Herausforderungen von obdachlosen und verarmten Menschen kennengelernt als auch die Schwierigkeiten derer, die diesen Alltag verbessern wollen.

Im Jahr 2007 war Cleveland die viertärmste Großstadt der USA, nachdem sie zuvor zwei Jahre lang die nationale Statistik angeführt hat. Die vormals lebendige Großstadt am Eriesee hat sich durch den Rückgang der Schwerindustrie im vergangenen Jahrhundert in eine Geisterstadt verwandelt. Die Innenstadt ist außer an Spieltagen des heimischen Baseballteams menschenleer. Verlassene Produktionskomplexe großer Autokonzerne und verfallene Stahlwerke prägen das Bild der Stadt. Die Catholic Worker Lebensgemeinschaft befindet sich im Stadtteil Ohio City, einer der ältesten und zugleich ärmsten Gegenden Clevelands. Bei einem Spaziergang durch die Straßen des Bezirks erwähnt meine Freundin, dass fast alle Menschen, die unseren Weg kreuzen, entweder obdachlos seien oder sich mit Mühe ein Apartment leisten könnten. Armut ist in diesem Teil der Stadt an jeder Ecke allgegenwärtig.

„Ein Grund für die große Armut vieler EinwohnerInnen ist der Strukturwandel der regionalen Wirtschaft“, erläutert Joe Lehner, einer der GründerInnen der Lebensgemeinschaft. „Der Niedergang der Schwerindustrie in den 80ern hat zum Verlust vieler Ar-

beitsplätze geführt. Besonders Geringqualifizierte finden heute einfach keinen Job mehr."

Den Zuschlag für eine der günstigen staatlich subventionierten Wohnungen bekommen lediglich diejenigen, die es geschafft haben auf einen der begehrten ersten Plätze der langen Wartelisten zu rutschen. Die Mehrheit der Mittellosen kann sich nur in der ersten Hälfte des Monats mit staatlichen Essensgutscheinen und Sozialhilfe über Wasser halten und schlägt sich den Rest des Monats durch. Für diejenigen, die keine Wohnung haben, ist die Situation besonders in Clevelands bitterkalten Wintern bedrohlich.

Nicht alle ethnischen Bevölkerungsgruppen sind gleichermaßen von Obdachlosigkeit betroffen. 75,5 % der Menschen, die 2007 in den Notunterkünften geschlafen haben, waren afro – amerikanisch. „ Viele der chronisch Obdachlosen sind drogenabhängig oder haben psychische Probleme." weiß Lehner. „Leider gibt es in Cleveland zu wenig Einrichtungen und Programme, die solchen Menschen gezielt helfen."

Die Unterstützung dieser sozial benachteiligten Menschen ist neben politischem Engagement und Spiritualität eine der drei Säulen der Catholic Worker Gemeinschaft. Im Kampf gegen Armut und Obdachlosigkeit leistet die Gemeinschaft sowohl auf Dauer angelegte als auch temporäre Hilfe.

Das Catholic Worker Haus nimmt ehemals Wohnungslose und Working Poor auf, die die Unterstützung einer Wohngemeinschaft benötigen. Einige von den derzeitigen HausbewohnerInnen leiden an psychischen Erkrankungen, sind aber mittlerweile durch medikamentöse Behandlung in einer stabilen Verfassung. Vier Freiwillige sorgen für die Belange der zehn HausbewohnerInnen. Nach vorheriger Instabilität herrscht in der Wohngemeinschaft nun eine angenehme familiäre Atmosphäre, in der sich sowohl die BewohnerInnen als auch die Freiwilligen wohl fühlen.

Eine weitere Aktivität der Gemeinschaft ist der Betrieb des Drop – In Centers Storefront an vier Abenden und zwei Vormittagen der Woche. Dort können Bedürftige Mahlzeiten und Kleidung bekommen oder auch nur ihre Zeit vertreiben. Die Storefront ist mit ausgedienten Sofas, einem alten Fernseher und sogar einem Klavier wie ein gemütliches Wohnzimmer eingerichtet. Manche Leute sitzen an einem Tisch und spielen Karten, einige Kinder rennen herum, es herrscht eine gesellige Atmosphäre. Nach einigen Besuchen beobachte ich jedoch, wie manche BesucherInnen volltrunken auf dem Sofa einnicken und ein paar Anwesende aus ihrem Verhalten zu schließen auf der Toilette Drogen nehmen. Ich bekomme den unverhohlenen Sexismus einiger Männer zu spüren, die mich für ein naives ausländisches Mädchen halten, dem man allerlei erzählen kann und dass sich bei aufdringlichen Körperkontakten nicht zu wehren weiß.

Viele der Anwesenden seien in schwere Straftaten wie Drogenhandel und Zuhälterei verwickelt, erzählt mir meine Freundin. Sie sei in den drei Jahren als Freiwillige schon oft menschlich enttäuscht worden.

An einem Abend erlebe ich in der Storefront einen Streit, bei dem sich zwei massige farbige Männer aggressiv anschreien. Zwei Freiwillige schreiten sofort deeskalierend ein in dem Wissen, dass die Streithähne möglicherweise Waffen bei sich tragen. Als bei diesem plötzlichen Ausbruch von Gewalt mein Herz fast stehen bleibt, versichert mir mein Kartenspielpartner, dass die Männer gar nicht ernsthaft streiten würden, sondern lediglich Aufmerksamkeit erregen wollten. „ Wegen dieser Streitereien wird der Laden hier bald noch dicht gemacht." murmelt er sichtlich verärgert. „Dabei hängen so viele Menschen an diesem Ort. Wir brauchen die Storefront." Dieses unerwartete Eingeständnis führt mir vor Augen, dass der Mann das Drop – In Center als einen für ihn angenehmen und wichtigen Ort ansieht - ein kleiner Erfolg für die Freiwilligen, die viel Zeit und Energie darin investiert haben ihn zu einem solchen zu machen.

Das Leben in Armut und auf den Straßen Clevelands ist für die Betroffenen hart und desillusionierend. Jedoch stehen auch bei denen, die ihnen helfen wollen, Rückschläge und Probleme auf der Tagesordnung; Erfolge und Veränderungen sind häufig kaum sichtbar.

Eine vergessene Ära: Alter Schornstein.

Dazu Dorothy Day, eine der InitiatorInnen des Catholic Worker Bewegung: "People say, 'What is the sense of our small effort?' They cannot see that we must lay one brick at a time, take one step at a time."

Dagmar Hölscher (22) ist Mitglied der GRÜNEN JUGEND Bremen.

Bolivien: Vom Salpeterkrieg bis zum Streit um das Media Luna

Das Thema Grenzen ist in Bolivien hochaktuell – Zerbricht das Land in einer Auseinandersetzung um natürliche Ressourcen?

BRITTA VELTZKE

Schneebedeckte Gipfel ragen aus der kargen Landschaft empor, die außer ein paar blassen Grashalmen und vereinzelten Lamas offenbar nichts Lebendes zu bieten hat: die Atacamawüste. Ein Niemandsland zwischen Chile und Bolivien – so scheint es. Doch politisch war die Gegend zwischen den zwei Andenstaaten einst ein berüchtigter Zankapfel.

Die Reise geht vorbei an skurrilen Felsformationen und trockene Weiten – immer höher die staubige Straße hinauf, die sich bald darauf in ein einziges Geröllfeld verwandelt. Die Luft wird stetig dünner je näher wir uns der 5000 Höhenmeter-Marke nähern. „Wir“, das sind Conrad und ich auf unserem Reiseabschnitt von Santiago de Chile nach Lima in Peru sowie fünf weitere Rucksackreisende von irgendwo her – auf dem Weg nach irgendwo hin.

In der Ferne zeichnen sich langsam die Konturen eines Hauses ab, das sich kaum von den Nuancen der Wüste abhebt: Es ist die Grenzstation. Die Flagge neben dem spärlichen Gebäude ist schnell auszumachen: Das kräftige Rot, Gelb und Grün sticht ungetrübt ins Auge. „Bienvenidos a Bolivia“, begrüßt uns ein mürrischer Grenzposten. „Los Pasaportes, por favor!“. Die Grenzüberquerung nach Bolivien funktioniert so unbürokratisch, wie wir es von dem „Haus im Nichts“ erwartet hätten. Und weiter geht es: kein Zaun, kein Grenzsoldat, nichts hält uns auf – und doch ist es eine Grenze. Eine Grenze, die sich seit dem Salpeterkrieg im 19. Jahrhundert durch das Gebiet windet.

Davor bot der steinige Weg durch die Atacamawüste Boliviens einzigen Zugang zum Pazifik – eine strategische wie wertvolle Region, in der früher der Handel mit Salpeter und heute das Geschäft mit Kupfer sowie dem Tourismus florieren. Seit dem Krieg gehört das Areal zu Chile. Noch heute – rund 120 Jahre nach der blutigen Auseinandersetzung – macht Bolivien seinen wirtschaftlich stärkeren Nachbarn für die eigene missliche Situation verantwortlich: Bolivien ist das ärmste Land Südamerikas. Gut zweidrittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, obwohl das Land über viele Bodenschätzen verfügt. Der Zugang zu Bildung ist nur schwer erreichbar.

Reiche Eltern schicken ihre Kinder auf internationale Privatschulen. Doch leisten können sich das die Wenigsten. Durch die Straßen von La Paz laufen Kinder durch die Gassen, die sich ihren

Lebensunterhalt durch Schuhe putzen verdienen. Ein Boliviano (11 Cent) kostet es die Männer, die sich auf dem Weg zu ihrer Arbeitstelle noch schnell die ledernen Halbschuhe polieren lassen. Den Ausweg aus der bitteren Realität suchen schon Kinder durch das Schnüffeln von Klebstoff – zumindest für die Zeit des Rausches.

Aus Boliviens Armut ergibt sich eine starke Konfliktlinie, die das Land zu spalten droht. Das Thema Grenzen hat wieder einmal einen hohen Aktualitätsgrad erreicht. Das Land trägt einen internen Machtkampf zwischen den Departements des „Media Lunas" (spanisch: Halbmond) im Osten und den ärmeren Regionen im Westen aus.

Als wir die Atacamawüste nach einer viertägigen Fahrt verlassen, sind wir immer noch von der Vielfältigkeit beeindruckt, die wir von der „trockensten Wüste der Welt" nie erwartet hätten: bunte Lagunen, brodelnde Geysire und Schwärme von Pelikanen.

Zurück in der Zivilisation begegnet uns ein Bild, das uns zunächst fremd erscheint: gestikulierende Busfahrer, die für ihre Busse nach La Paz oder Santa Cruz werben, Internetcafé-Besitzer, die uns den Anschluss ans weltweite Netz versprechen und Marktfrauen in traditioneller Kleidung und runden Hüten auf den Köpfen, die Berge von Empanadas feil bieten.

Bolivien ist in Südamerika das Land mit dem höchsten Anteil an indigener Bevölkerung: gut 70 Prozent. Die meisten Ureinwohner leben im Hochland der Anden im Westen Boliviens, das mit dem Niedergang des Bergbaus zunehmend verarmte. In den reicheren Regionen des „Media Lunas", zu dem vier Departements gehören, lebt ein großer Anteil der weißen Bevölkerung. Die Erschließung von Gas- und Ölvorkommen stellte sich im Laufe der Jahre als ertragreiches Geschäft heraus. Vor einigen Jahren begann sich der Wunsch auf regionale Autonomie der Oststaaten heraus zu kristallisieren. Dezentralisierung, Öffnung der Märkte und Abschottung von den ärmeren Regionen ist das Ziel der Bewegung – wirtschaftsliberale Ideen fallen hier auf fruchtbaren Boden. Die Andenregionen sind jedoch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. So stellt sich in Bolivien vielerorts die Frage: Wem gehören die Rohstoffvorkommen? Für den Westen des Landes ist die Antwort klar: Der ganzen Bevölkerung und nicht einzelnen Gruppierungen oder gar privaten InvestorInnen, die sich den Gewinn einstreichen wollen.

Der Osten reagierte auf den neuen Verfassungstext, der im Dezember des vorigen Jahres ausgearbeitet wurde mit einer Autonomie-Erklärung. Die neue Verfassung sieht eine Umverteilung der Erträge aus den natürlichen Ressourcen vor. Drei Departements im Osten führten illegale Referenden durch, die eine deutliche Zustimmung für die Autonomiebewegung ergaben. Der Präsident Evo Morales rief vor der umstrittenen Abstimmung in Santa Cruz zur Stimmenthaltung auf. Blutige Unruhen zwischen Oppositionellen und der Regierung forderten hier mehrere Verletzte.

Ob Bolivien bald durch eine interne Grenze geteilt wird, bleibt abzuwarten. Die Entscheidung darüber fällt vermutlich im kommenden August, wenn die BolivianerInnen bei einem Volksentscheid über eine Amtsenthebung ihres Präsidenten und weiterer SpitzenpolitikerInnen entscheiden können.

Britta Veltzke (21) hat auf einer Weltreise zahlreiche Grenzen überschritten. Jetzt studiert sie in Bremen Politikwissenschaft.

ANZEIGE

Neulich im Landtag

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Landtag Niedersachsen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4207
Email: gruene@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

Schwarz-gelber Fehlstart 100 Tage - 100 Fehler

von Stefan Wenzel
(Fraktionsvorsitzender)

Auszüge aus der Rede in der Aktuellen Stunde des niedersächsischen Landtags am 4.6.2008

… Man kann verstehen, dass Sie sich diesmal am liebsten um die 100-Tage-Bilanz herumgedrückt hätten. Positives gibt es nämlich nicht zu vermelden. … Seltsam zaghaft zeigen Sie sich seit Ihrer Wiederwahl, fast wie der Zögerer aus alten Oppositionsjahren. …

Wackelkurs bei den Gesamtschulen, und bei den Lehrerarbeitszeitkonten haben Sie sich erst eingemischt, als das Kind schon im Brunnen lag. Wenn es schon einmal verhext anfängt, dann geht der Ärger gleich weiter: das Turbo-Abi, der Alarmruf der Bischöfe wegen des Pflegenotstandes, bei VW düpiert, bei Karmann zu hoch gepokert, Versprechen zum Klimaschutz nicht eingelöst, Ärger mit dem Tiefwasserhafen ohne Ende, Proteste gegen Ihre Kohlekraftwerke, Rügen des Rechnungshofs. Die Liste ist lang, und sie wird immer länger.

Auf stolze 100 Fehler haben Sie es in den ersten 100 Tagen schon gebracht. Wir geben sie heute zu Protokoll, …

Die ausführliche 100 Tage – 100 Fehler-Liste findet man hier:

http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de//cms/default/dok/236/236727.100_tage_100_fehler.html

Fehler sind nach unserer Meinung nicht nur Dinge, die Sie falsch gemacht haben. Ein paar Beispiele habe ich genannt. Fehler sind auch Dinge, die dringend angestanden hätten und bei denen man dringend hätte handeln müssen, wie z.B. die energetische Sanierung der Landtagsgebäude oder irgendeine andere konkrete Maßnahme zum Klimaschutz. …

Es gibt einen Werteverfall in den Unternehmen. Klimawandel und Artensterben stellen uns die Überlegensfrage. Der Globalisierungsdruck belastet unsere sozialen Sicherungssysteme. Der Strukturwandel durch die demografische Entwicklung wirbelt die Gemeinden durcheinander.

Dies alles sind Herausforderungen, die schweres Wetter versprechen. Da braucht es einen Kapitän auf der Brücke, der die dunklen Wolken am Horizont richtig deutet und der seine Mannschaft rechtzeitig Vorbereitungen treffen lässt. … Aber schon im Wahlkampf haben Sie sich vor dieser Aufgabe gedrückt.

Man hat schon fast den Eindruck, als wenn der Landesvater die Siebenmeilenstiefel gegen die Puschen ausgetauscht hat.

Sie haben sich für fünf Jahre in der Staatskanzlei gemütlich eingerichtet, und so sollte es weitergehen. Aber daraus wird nichts. Früher als erwartet steht schon das Volk vor der Tür: Lehrer, Schüler und Eltern, Gentechnikgegner und Klimaschützer protestieren. Überall brennt es lichterloh. 100 Tage - 100 Fehler. Wir befürchten, dass sich diese Bilanz fortsetzt. Denn der Hauptfehler ist diese Regierung selbst. …

Sie ziehen keine Konsequenzen aus der niedrigen Wahlbeteiligung, weder bei Volksentscheiden noch beim Wahlalter, oder aus stilbildenden Fragen im Parlament.

Hannah Arendt hat zum Umgang mit der Macht gesagt: Macht zu haben, heißt, gemeinschaftlich zu handeln. Sie machen das Gegenteil: Statt im Parlament zu arbeiten und nach Kompromissen zu suchen, kungeln Sie alles in Ihrer kleinen Koalitionsrunde aus, setzen Regierungskommissionen ein, die irgendwann Ergebnisse vorlegen sollen. …

Sie mögen das alles bodenständig finden. Wir finden es rückständig und werden Ihrer Regierung gehörig Feuer unterm Hintern machen. …

Die Grenzen des guten Geschmacks

Kristallklare Wasserstrahlen plätschern spielerisch durchs Bild. Unaufhaltsam bahnen sie sich ihren Weg. Wohin fließen sie? In Mund und Nase eines um Gnade winselnden Mannes, der, in einer winzigen Zelle auf eine Liege gefesselt, um sein Leben kämpft.

VANESSA HOFFMANN UND STEFFEN BACH

Es sind Szenen aus einem Kinospot von Amnesty International, die britische KinobesucherInnen auf den Gebrauch der „Waterboarding"-Folter durch die CIA aufmerksam machen sollen. Geschmacklos, sagen manche, den KinogängerInnen zu Popcorn und Cola die brutale Realität zu servieren. Geschmacklos, finden andere jedoch viel eher, dass die älteste Demokratie der Welt es nötig hat, von ihrem Präsidenten gedeckt, auf solche mittelalterlichen Foltermethoden zurückzugreifen.

Wo liegen sie denn wirklich, die Grenzen des guten Geschmacks?

Dass sie meistens fließend sind, wussten schon Tocotronic: Es gab noch nie einen allgemeinen gesellschaftlichen Konsens darüber, was ethisch noch vertretbar ist und was schon einen Schritt zu weit geht, sondern vielmehr etliche unterschiedliche Positionen und Einstellungen, aus denen ein gemeinsamer Nenner für die gesamte Gesellschaft gebildet wurde.

Momentan scheinen sich diese allgemein anerkannten Grenzen aber weiter zu verschieben: Das fängt schon mit der abendlichen Unterhaltung an, die für viele Menschen nur noch darin besteht, sich an der systematischen Bloßstellung der KandidatInnen von Castingshows oder am Zickenkrieg bei Model-Wettbewerben zu ergötzen. Diese Verschiebung zeigt sich auch in nicht so banalen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Menschen scheinen mehr und mehr bereit zu sein, für größere Sicherheit Einschränkungen ihrer Grundrechte oder gar Menschenrechtsverletzungen in Kauf zu nehmen.

Dies geschieht unter dem Einfluss der weltweiten Angst vor einem Erstarken des Terrorismus. In weiten Teilen der USA, wo schon immer eine andere Auffassung von angemessenen Methoden der Verbrechungsbekämpfung bestand (etwa hinsichtlich der Todesstrafe), ist die Anwendung von Folter zur Verhinderung oder Aufklärung von Terroranschlägen akzeptiert. So weit sind wir in Deutschland zwar noch nicht, aber auch hier regt sich wenig Widerstand gegen Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung oder die geheime Online-Durchsuchung, mit denen Schäuble & Co. unter dem Vorwand, Sicherheit zu erhalten, die geschützte Grenze unserer Privatsphäre durchbrechen.

Solche Bestrebungen der MachtinhaberInnen, die natürliche Angst im Volk für eine Ausweitung ihrer Kontrolle zu missbrauchen, hat es in Bedrohungszeiten immer wieder gegeben. Aber stellt der Terrorismus überhaupt eine so akute Bedrohung dar? Immerhin kommen z.B. im Straßenverkehr in Deutschland jährlich tausende zu Tode, wohingegen die Opferzahl von terroristischen Anschlägen bei null liegt. Allgemein schließt der (oft nur vermeintliche) Gewinn von Sicherheit immer den Verlust von Freiheit mit ein, und macht es somit wahrscheinlicher, dass Grenzen vom Staat überschritten werden.

Nehmen die BürgerInnen dies widerstandslos hin, werden diese Überschreitungen schließlich zum Normalzustand. Vielleicht ist ein Umdenken erforderlich: Wir brauchen keinen bevormundenden Überwachungsstaat, sondern freie, verantwortungsbewusste Menschen. So wie Eltern ihren Kindern nicht immer 100%ige Sicherheit garantieren können, sondern sie Verantwortung lernen müssen, um ihre schwindenden Beschränkungen und wachsenden Freiheiten gut zu nutzen, muss der Staat Verantwortung an seine BürgerInnen abgeben.

So lernen diese ihren Verstand zu benutzen anstatt den – von oben diktierten – Vorgaben blindlings zu folgen. Nur durch eine Beteiligung aller an der Bewahrung der Sicherheit kann ein Zerfall des Rechtsstaates verhindert werden. Mensch sollte nicht zulassen, dass der Eingriff in den privaten Bereich und die systematische Verletzung von Menschenrechten unter dem Vorwand, vor Terror oder anderem zu schützen, zur Normalität werden.

Vanessa Hoffmann und Steffen Bach sind beide 18, gehen in die 12. klasse in Gifhorn und wollen alle Grenzen sprengen so wie Karlsson vom Dach.

Außen vor statt mittendrin!

Kinder- und Jugendarmut: Folgen, Mechanismen und Lösungsmöglichkeiten.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

Armut: Das heißt Ausgrenzung, Resignation, Perspektivlosigkeit, mangelnde Freiheit, fehlende Selbstbestimmung. Kinder und Jugendliche trifft es besonders häufig und besonders hart. Nach einer Studie des Bundesfamilienministeriums vom Mai 2008 ist jedes sechste Kind und jeder sechste Jugendliche in der Bundesrepublik von Armut betroffen. 2,4 Millionen Kinder unter 18 Jahren haben nicht genug Geld (weniger als 60% des altersbezogenen bedarfsgewichteten Median-Einkommens), um gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben zu können.

Armut als Mangel an Verwirklichungschancen

Doch Armut ist viel mehr als Mangel an Geld. Der indische Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen definiert Armut als einen Mangel an "Verwirklichungschancen von Menschen ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten, und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt." Nicht nur formelle individuelle Potenziale - wie Einkommen, Behinderungen oder Alter - sind entscheidend für ein Leben ohne Armut. Genauso bedeutsam ist, inwiefern diese Potenziale durch gesellschaftlich bedingte Chancen, z.B. im Bildungs- und Gesundheitssystem oder am Arbeits- und Ausbildungsmarkt, gemindert, behoben oder gesteigert werden.

Grünes Konzept gegen Kinder- und Jugendarmut

Das Ausmaß der Armut von Kindern und Jugendlichen ist beschämend. Nicht für die Betroffenen, sondern für diese reiche Gesellschaft insgesamt. Doch dieser Zustand kann und muss politisch von uns angegangen werden und zwar mit einem intelligenten Mix aus folgenden Komponenten:

1. Echte Existenzsicherung

Kinder sind eigenständige Individuen und keine halben Erwachsenen, deren Lebensbedarfe von ALG II-Empfängerinnen abgeleitet werden können. Deshalb haben die GRÜNEN zu Recht auf dem Bundesparteitag in Nürnberg die Einführung einer bedingungslosen Kindergrundsicherung beschlossen und treten dafür ein, in einem ersten Schritt die ALG II -Regelsätze abhängig vom Alter auf 300 bis 350 Euro zu erhöhen. Unser Ziel muss es sein möglichst schnell, möglichst vielen Kinder eine materielle Existenzsicherung zu garantieren.

2. Institutionen stärken

Doch neben der Kindergrundsicherung spielt die Qualität der öffentlichen Institutionen eine entscheidende Rolle bei der Armutsbekämpfung. Ein leistungsfähiger und für alle bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr, lokale Büchereien, Jugendzentren mit attraktiven Angeboten, aber auch Familienzentren mit Beratungsmöglichkeiten für Eltern, gerade in sozialen Brennpunkten, sind wichtige staatliche Leistungen und Angebote, um arme Kinder und ihre Familien zu unterstützen. Mit einer öffentlich finanzierten Kinderfreizeitkarte könnten arme Kinder und Jugendliche zusätzlich ohne finanziellen Druck an verschiedenen Kultur- und Freizeitangeboten teilnehmen.

3. Bildung für Alle

Bildung muss schon in Krippen und Kindergärten, deren Angebote massiv ausgebaut werden müssen, anfangen. Um Ausgrenzung und frühe soziale Auslese zu verhindern, muss auch das mehrgliedrige Schulsystem durch eine gemeinsame Neue Schule für Alle ersetzt werden. Die Benachteiligung von armen Kindern muss natürlich auch nach dem Schulabschluss in den Fokus genommen werden. Ein gebührenfreies Studium und ein Recht auf einen Ausbildungsplatz für jedeN BewerberIn sind die Grundlage, um jungen Menschen eine vernünftige Lebensperspektive zu bieten.

Lasst uns wieder mehr soziale Gerechtigkeit wagen. Die Jugend von heute hat ein Recht auf echte Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut und Ausgrenzung.

Sven-Christian Kindler, (23), ist Sprecher der GJN und arbeitet als Betriebswirt in Hannover.

Halbe Menschen

Über den Unsinn von Altersgrenzen.

CHRISTOPH MÜLLER

Um die Meinung von Kindern braucht man sich nicht zu kümmern. Sie sind keine WählerInnen. Sie leisten nichts für die Gesellschaft. Sie sind schwach, klein, armselig und abhängig. StaatsbürgerInnen werden sie erst werden.

Einer der Ersten, der sich diesen gängigen Vorstellungen über Kinder offensiv entgegen stellte, war der polnische Arzt, Schriftsteller und Pädagoge Janusz Korczak. In seinem viel zitierten Werk „Das Recht des Kindes auf Achtung“ macht er unmissverständlich klar, dass Kinder nicht erst zu Menschen werden – sondern schon welche sind. Auch in seinem Handeln folgte er seinen Idealen. Korczak leitete ein „Waisenhaus“ in Warschau, das als eine Art „demokratische Kinderrepublik“ gelten kann. Dort gab es ein Parlament, ein Kindergericht, eine Kinderzeitung und viele andere Institutionen, in denen Kinder und ErzieherInnen lernen konnten, so miteinander zu leben, dass die eine Gruppe die andere nicht unterdrückt oder dominiert.

Im Jahre 1942 wurde Janusz Korczak zusammen mit den Kindern des Waisenhauses von den deutschen Nazis ins Konzentrationslager Treblinka gebracht und ermordet.

Noch heute sind wir weit davon entfernt Kinder als gleichberechtigte Menschen unserer Gesellschaft zu sehen und zu behandeln. Ein merkwürdiges Verständnis von „Schutz“ wird vorgeschoben, wenn altersdiskriminierende Gesetze und Praktiken verteidigt werden.

Am deutlichsten zeigt sich diese Absurdität bei der Altersgrenze für das Wahlrecht. Heutzutage sind Geschlecht, Hautfarbe, Besitz und Behinderung keine Kriterien mehr dafür, ob ein Mensch das Wahlrecht hat oder nicht. Anders ist dies bisher bei einer anderen Eigenschaft, auf die der Mensch keinen Einfluss hat: seinem Alter. Es heißt schlicht, Kinder seien zu unreif zum Wählen. Als ob eine willkürlich fest gelegte Altersgrenze – egal ob diese bei achtzehn, sechzehn oder vierzehn liegt – gewährleisten würde, dass ein Mensch, der älter ist, automatisch eine „reife“, „demokratische“ Entscheidung treffen würde. Nicht umsonst soll in einer Demokratie die Stimme der Politikprofessorin genau soviel zählen, wie die des betrunkenen politisch uninteressierten Fußballfans oder der senilen Rentnerin. Das Wahlrecht ist ein Grundrecht. Darum darf es auch nicht an irgendwelche Pflichten oder Altersgrenzen gekoppelt sein.

Außer dem Wählen sind derzeit viele andere Dinge, die zum Alltagsleben von Erwachsenen ganz selbstverständlich dazu gehören, für Kinder und Jugendliche verboten. Am plausibelsten mag dieses noch beim Tabak- und Alkoholverbot sein. Der Konsum von Tabak und Alkohol schadet einem jungen Körper mehr als einem ausgewachsenen. Doch trotz der Gesetze, die es Kindern und Jugendlichen bis 16 Jahren verbieten, in der Öffentlichkeit zu rauchen oder alkoholische Getränke zu konsumieren, gibt es Zehnjährige die KettenraucherInnen sind und hochprozentigen Alkohol konsumieren. Mit Alkohol haben zwei Drittel der 12jährigen bzw. 90% der 14jährigen Erfahrung. Angesichts dieser Zahlen stellt sich die Frage, ob altersbeschränkende Alkohol- und Tabakverbote überhaupt wirksam sind. Wichtiger als Verbote und Altersgrenzen ist Aufklärung. Eine Aufklärung, die auf die Wirkungen einzelner Substanzen hinweist: auf die unmittelbare Wirkung, auf krebserregende und organschädigende Inhaltsstoffe, auf die Möglichkeit einer körperlichen oder psychischen Abhängigkeit, auf finanzielle Nebenwirkungen, aber auch auf eventuelle positive Aspekte.

Altersgrenzen sind immer willkürlich und diskriminierend. Warum darf einE 15jährigeR nicht in eine Kneipe oder Disko gehen? Welche "Gefahren" drohen ihm dort, die nicht auch einem/einer 16jährigen drohen? Wieso darf einE 16jährigeR heutzutage zwar einen Kasten Bier an einem Abend alleine leeren, nicht aber einen einzigen Schluck Rum trinken? Warum ist die 19-Uhr-Vorstellung eines Films in Ordnung, die 22-Uhr-Aufführung des gleichen Films aber nicht?

So lange ein großer Teil der Bevölkerung (ca. 20 %) aufgrund ihres Alters - einer Eigenschaft, für die sie nichts kann – diskriminiert wird, sind wir von einer gleichberechtigten, demokratischen Gesellschaft weit entfernt.

Buchtipps und Quellen:

Janusz Korczak – Das Recht des Kindes auf Achtung

Mike Weimann – Wahlrecht für Kinder

http://kraetzae.de/ - Homepage der wunderbaren KinderRÄchTsZÄnker

Christoph Müller (21) arbeitete ein Jahr lang in einer Schule mit „geistig behinderten“ Kindern.

Grenzenloses Europa: Allerlei oder Einheitsbrei?

Auf der Suche nach einer Synthese aus Gemeinsamkeit und Verschiedenheit.

VERA BUTTMANN

Die Grenzen in Europa fallen wie eine Reihe Dominosteine: Nach der Riesen-Erweiterung 2004 um 15 Staaten sind letztes Jahr mit Rumänien und Bulgarien noch zwei Mitglieder zur EU dazugekommen – jetzt zählt sie ganze 27 Länder. Dem Schengen-Raum sind im Dezember neun zusätzliche Staaten beigetreten und im November folgt mit der Schweiz schon die nächste Erweiterung.

Dank dieser Zusammenschlüsse ist Migration innerhalb Europas mittlerweile ein Leichtes. Über 20.000 deutsche StudentInnen absolvieren jährlich ein Auslandssemester und durch Wegfall der lästigen Grenzkontrollen ist Reisen unkomplizierter denn je.

Die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen machen sich aber nicht nur bemerkbar, wenn wir aus einem Land raus und ins andere rein wollen. Sie werden uns auch durch eine universelle Jugendkultur vor Augen geführt - mit europaweit gleicher Kleidung und gleicher Musik. Die Supermärkte führen in den unterschiedlichen Ländern fast identische Sortimente - egal ob wir nun in Kroatien oder England sind, Edamer werden wir überall finden. In den Haupteinkaufsstraßen reihen sich, ganz gleich in welcher europäischen Stadt, Geschäfte der selben großen Ketten aneinander.

Diese wachsende Entgrenzung wird nicht nur als Gewinn und Chance gesehen: Das Zusammenwachsen bringt gleichzeitig die Befürchtung mit sich, immer uniformer und austauschbarer zu werden und im europäischen Einheitsbrei unterzugehen. Die Öffnung gewohnter Strukturen wird als Identitäts- und Sicherheitsverlust empfunden.

Solche Sorgen nähren Bewegungen, die sich dem allgegenwärtigen Trend der Grenzüberschreitung entgegenstellen. Die Katalanen im Nordosten Spaniens zum Beispiel sondern sich vom Rest des Landes ab, weil sie großen Wert darauf legen, die geschicht-

lichen, sprachlichen und kulturellen Besonderheiten ihrer Region zu wahren. Das katalanische Parlament beschloss 2005 sogar mit knapp 90 Prozent der Stimmen eine Resolution, die Katalonien als eigenständige „Nation" bezeichnet.

In Deutschland tauchten vor einigen Jahren Jacken und T-Shirts auf, die stolz mit Städtenamen beschriftet waren und dazu das entsprechende Wappen trugen. Eine neue Form von Heimatverbundenheit und Lokalpatriotismus – offensichtlich gibt es auch hier das Bedürfnis, sich mit Wohnort und lokalen Gegebenheiten zu identifizieren.

Das wird noch deutlicher, wenn mensch sich an das Fahnenmeer zur Weltmeisterschaft erinnert. Endlich war da eine Möglichkeit, guten Gewissens die deutsche Flagge zu schwenken und sich eins zu fühlen mit der Mannschaft und ganz Deutschland. Das gleiche Spiel neulich zur Europameisterschaft.

Sei es nun der Staat, die Heimatstadt oder die Region – die Menschen suchen sich einen klar definierten Rahmen, dem sie sich zugehörig fühlen. Dieses Bestreben wird verstärkt, je mehr die innereuropäischen Grenzen verblassen und die Vereinheitlichung voranschreitet.

Rechte Gruppierungen, die eine wirtschaftlich protektionistische Haltung einnehmen und es zum Schutz der nationalen Kultur und Bevölkerung für notwendig halten, Immigration partout zu verhindern, schlagen daraus leider ihren Profit und erfahren einen ungemeinen Zuwachs (während die NPD in Mecklenburg-Vorpommern 2002 noch 0,8% der Wählerstimmen erhielt, waren es 2006 7,3%, auch in Sachsen sitzt die NPD im Landtag und im Gegensatz zur FDP und den Grünen hat es die rechte DVU 2004 ins brandenburger Parlament geschafft).

Angesichts solcher Entwicklungen, die sich aus der zunehmenden Entgrenzung und den daraus resultierenden Bedürfnissen ableiten, stellt sich die Frage: Was ist zu tun, damit die Auflösung von Grenzen in Europa nicht gleichzeitig als Auflösung von örtlichen Besonderheiten erlebt wird, damit das Zusammenwachsen nicht Assimilation, sondern Bereicherung bedeutet? Es gibt eine ganze Reihe von WissenschaftlerInnen, die dazu Überlegungen angestellt haben. Einer von ihnen ist Klaus Eder, Professor der Humboldt-Universität Berlin. Er hält eine gemeinsame europäische Identität für notwendig, um eine „Einheit der Vielfalt" zu ermöglichen. Drei Optionen gibt es laut Eder, die verbinden könnten, ohne zwangsweise anzugleichen.

Erstens die Vergangenheit: Zwar sei für Europa keineswegs denkbar, was in Tschechien oder der Slowakei nach ihrer Gründung stattgefunden habe, nämlich eine idealisierte Geschichtsschreibung, die wahlweise durch Heldenmut oder, indem sie die Bevölkerung als Opfer darstellt, zusammenschweiße. Doch vielleicht sei es möglich, sich gemeinsam an die Vorgeschichte des vereinigten Europa zu erinnern, an die Kriege zwischen den Staaten und die wechselseitigen Verletzungen zu denken und sich somit gleichzeitig als Täter und als Opfer zu begreifen.

Die zweite Möglichkeit sieht Eder in einer „europäischen Diskursgemeinschaft". In der Tat gibt es bislang trotz technischer Möglichkeiten wenig Vernetzung, gemeinsame Medien und Kommunikation über die Sprachgrenzen hinweg. Je mehr Englisch in die Rolle einer Verkehrssprache wachse, so Eder, seien hier jedoch große Potenziale für ein europäisches Bewusstsein.

Als dritte Möglichkeit schlägt Eder schließlich vor, dass sich eine europäische Identität auf grundlegende gemeinsame Werte wie Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Ablehnung der Todesstrafe und die Geltung der Menschenrechte gründen könne. Das seien, schaue mensch in verschiedene Regionen der Welt, keineswegs selbstverständliche Garantien. Ebenso die dauerhafte Überwindung des Hungers in Europa, die auch hier im Übrigen erst 100 Jahre währt.

Ob eine dieser drei Optionen greift und wenn ja, welche, ist fraglich. Sicher aber ist, dass politische Verträge als Basis für eine geglückte europäische Gemeinschaft nicht genügen. Eine Unionsbürgerschaft gibt es seit dem Maastrichter Vertrag vom 7. Februar 1992 bereits, EU-BürgerInnen besitzen neben ihrer primären Staatsangehörigkeit also auch die EU-Bürgerschaft. Eine europäische Verfassung, so erhoffen es sich viele, werde noch bestehende Zweifel an der EU ausräumen. Doch, wie der Philosoph und Soziologe Habermas schreibt, ist es zweifelhaft, ob diese juristischen und politischen Schritte auch „an die Gemüter appellieren" können. Sie führen vielmehr zu einer Art Supernationalstaat, einem ähnlichen Konstrukt, wie den bisher bestehenden Nationalstaaten, das somit in die gleichen Schwierigkeiten geriete. Der Zusammenhalt wäre rein formell und Solidarität politisch diktiert.

Erst wenn Europa sich aus freiem Willen, und nicht nur auf Beschluss der Parlamente hin, zusammenschließt, hat es Aussichten auf Erfolg. Dann könnte die heterogene europäische Gesellschaft ein Beispiel dafür sein, dass Grenzen zu Gunsten einer solidarischen und offenen Gemeinschaft zu überwinden sind und, dass die einzelnen, unverwechselbaren Eigenarten, Geschichten und Kulturen sowohl im kleinen Rahmen Halt geben, als auch zur Kraft der Gemeinschaft beitragen können.

Vera Buttmann (20) kommt aus Hannover und ist Redakteurin im IGEL.

Plädoyer für die Freizügigkeit

Die EU simuliert den Belagerungszustand, lässt die Fallgitter herunter und zieht juristische Gräben um ihre Festung.

Claudia Beckmann

Wir Schengenraum-BürgerInnen genießen immer weiterreichende Freizügigkeit, müssen bei der Einreise in andere Schengenländer nicht einmal unseren Ausweis vorzeigen und sind auch in den meisten anderen Ländern gern gesehene, weil reiche Gäste. Für StaatsbürgerInnen ärmerer Länder sieht es umgekehrt ganz anders aus.

Damit nur zahlungskräftige AusländerInnen Einlass in die Festung Europa bekommen, verlangen die Botschaften in visapflichtigen Ländern Auskunft über private Daten wie Kontoauszüge, Arbeitsnachweis und Steuererklärung sowie über den genauen Grund der Reise. Die „goldene Regel" bei der Entscheidung über einen Visumantrag lautet: „Je mehr Gründe jemand hat, [nach Europa] reisen zu wollen, desto weniger ratsam ist es, ihm ein Visum auszustellen."

Zusätzlich können die GrenzbeamtInnen immer noch nach eigenem Ermessen entscheiden, ob sie die Einreisenden für „ScheintouristInnen" halten, die das Visum „nutzen, um ins Land zu gelangen, es dann aber nicht mehr verlassen". Um diese Menschen herauszufiltern plant die EU die gleichen strengen Einreisekontrollen einzuführen, wie sie in den USA schon praktiziert werden. So werden rechte Ängste vor illegalen Einwanderern und Einwanderinnen oder sogar TerroristInnen in der Bevölkerung zusätzlich geschürt. Erstaunlicherweise werden nur die Kontrollen für Menschen verschärft – nicht aber die für Handelsgüter wie Container, obwohl diese immerhin Waffen, Sprengstoff oder strahlendes Material enthalten können.

Verfolgte, die in Europa Zuflucht suchen möchten, bekommen für gewöhnlich kein Visum. Denn die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) definiert „Flüchtling" als Person, die sich „aus begründeter Furcht vor Verfolgung [...] außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, [...] und dorthin nicht zurückkehren kann oder [...] will." (GFK, Art. 1) Diese Definition hat zur Folge, dass verfolgte Menschen, wenn sie sich noch in ihrem

Heimatland aufhalten, kein Visum erhalten, um legal in die EU reisen zu können, um dort Asyl zu beantragen. Haben sie aber ihr Heimatland verlassen und befinden sich in einem so genannten Drittland, wird ein Visum mit der Begründung verweigert, sie seien außer Gefahr und könnten bleiben wo sie sind. Außerdem verweigern Beförderungsunternehmen PassagierInnen ohne oder mit falschen Dokumenten die Mitnahme, da sie sonst mit staatlichen Sanktionen rechnen müssen.

So bleibt für viele nur der illegale und gefährliche Weg, wie über die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla. Hier kommen die Ärmsten der Armen an, die kein Geld für professionelle Schlepper haben. Sie versuchen den Zaun zu überwinden, der Europa von Afrika trennt und in seiner technologischen Hochrüstung die Mauer, die 1989 unter „Nie wieder!" Rufen abgerissen wurde, noch übertrifft. Zwei sechs Meter hohe Zäune mit NATO-Draht, Beschuss durch Tränengas, Pfefferspray und Gummigeschossen von der spanischen und scharfen Geschossen von der marokkanischen Seite, verantworten die schweren Verletzungen und die vielen Toten unter den Flüchtlingen, genaue Zahlen sind nicht bekannt. Diese Vorgehensweise ist nicht nur extrem menschenrechtswidrig, sondern verstößt auch gegen das in Art. 33 GFK verankerte Prinzip, dass Flüchtlinge nicht von der Grenze zurückgewiesen werden dürfen. Demnach haben die Menschen vor den Zäunen eigentlich das Recht, einfach zu den Grenzposten hinter dem Zaun zu gehen um Asyl zu beantragen, doch dort hin kommt mensch nur mit Visum.

Neben den Kosten für die Grenztechnologie zahlt die EU an die Länder der Pufferzonen, wie Marokko, Millionen für deren Hilfe, Grenzüberschreitungen zu verhindern. Ein Flüchtling der im Alter von dreizehn Jahren seine Heimat nach einem Umsturz verließ, berichtet davon, insgesamt viermal an den Zäunen von Ceuta bzw. Melilla vom marokkanischen Militär verhaftet, zusammengeschlagen und in die Wüste an der Grenze nach Algerien deportiert worden zu sein. Beim fünften Mal, mit 19 Jahren, schaffte er es bei einem Massenansturm den Zaun von Ceuta zu überwinden und einen Asylantrag zu stellen. Doch die Chancen stehen schlecht. Oftmals werden die Flüchtlinge noch vor einer Entscheidung ihres Antrages wieder abgeschoben, auch wenn dies gegen die GFK verstößt.

Auch die deutschen Statistiken machen Flüchtlingen kaum Hoffnungen: wurden 1995 immerhin noch 9% der Asylbewerber anerkannt, waren es 2006 nur noch 0,8%. Diese geringe Zahl ergibt sich u.a. daraus, dass nur politische Flüchtlinge, die in ihrer Heimat von staatlicher Verfolgung bedroht sind, Asyl bekommen können. Diese Regelung der GFK aus dem Jahre 1951 entspricht der weltpolitischen Lage schon lange nicht mehr. Warlords, extremistische Gruppierungen etc. haben in vielen Regionen die Rolle der Staatsgewalt übernommen. Flüchtende vor Übergriffen dieser Regime können ebenso wenig wie z.B. Mädchen und Frauen, die vor der Beschneidung fliehen, den Asylstatus erlangen. Sie können nur auf temporäres Abschiebeverbot (2007: 2,4% der Anträge) oder -schutz (2007: 31,3% der Anträge) hoffen.

Weiterhin bedenklich ist die so genannte Dublin-II-Verordnung. Danach ist der Mitgliedsstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, in dem der Flüchtling das erste Mal europäischen Boden betreten hat. So können Staaten wie Deutschland AsylbewerberInnen, die nicht per Direktflug eingereist sind, leicht in das „sichere Drittland" abschieben über das sie eingereist sind, auch wenn dort eine Ausweisung in das nicht sichere Heimatland zu erwarten ist. Und Staaten mit EU-Außengrenzen führen besonders strenge Einwanderungsverordnungen ein, da sie deutlich höhere Einwanderungszahlen und daraus folgende Kosten haben.

Diese Politik des „Schutzes vor Flüchtlingen" und nicht „Schutzes der Flüchtlinge" ist umso schändlicher vor dem Hintergrund, dass Europa selbst zu einem großen Teil für die miserable Lage in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verantwortlich ist: Kolonialismus und Sklaverei haben Europa reich gemacht und in Afrika die bestehenden Strukturen zerstört. Unterdrückerische Regimes wurden und werden durch Waffenlieferungen aus Europa unterstützt. Die EU-Agrarpolitik macht die afrikanischen kleinbäuerlichen Strukturen unrentabel.

Europa muss sich endlich seiner Verantwortung bewusst werden! Einerseits müssen Fluchtursachen durch wirkungsvolle Entwicklungshilfe und Reformen in der EU (z.B. Umgestaltung der Agrarpolitik) bekämpft werden. Andererseits ist ein radikales Umdenken in der Einwanderungspolitik notwendig. Das Modell „Gastarbeitertum", das fügsame Arbeiterheere bei Bedarf zur Verfügung stellen soll, die bei steigenden Arbeitslosenzahlen wieder in ihre Heimat zurückkehren, ist zu Recht gescheitert. Wir müssen anerkennen, dass Europa ein Einwanderungskontinent ist.

Außerdem ist es menschenverachtend, globale Freizügigkeit für Kapitalströme zu fordern, diese Freizügigkeit für Menschen jedoch abzulehnen. So ist es nur logisch, in unserer globalisierten Welt für jedeN ErdenbürgerIn die Freiheit einzufordern, wählen zu können, in welchem Land er/sie leben möchte.

Claudia Beckmann (20) ist Mitglied der GRÜNEN JUGEND Hannover.

Sprich doch mit meinen Händen

Gebärdensprache & Gehörlosenkultur

Stell dir vor, deine Eltern sprechen miteinander und du verstehst sie nicht. Sie reden in einer Sprache, die dir fremd ist. Wenn du dir besonders viel Mühe gibst, dann kannst du eventuell einzelne Phrasen erhaschen und ihr Gespräch in einem einigermaßen sinnvollen Kontext erschließen. Aber du kannst dir sicher sein, dass eine barrierefreie Kommunikation wohl niemals möglich sein wird. Dir ginge es so, wie 90 Prozent aller gehörlos geborenen Kinder, deren Eltern hörend sind.

SARAH BENKE

Emanzipation durch Gebärdensprache

In der abendländischen Denktradition galten gehörlose Menschen über Jahrhunderte hinweg als unbildbare Idioten und bis ins 16. Jahrhundert hinein mussten sie gravierende Einschränkungen in Recht, Kirche, Bildung und Öffentlichkeit erdulden. Erst durch den Einfluss von Humanismus und Reformation entdeckte die hörende Welt ihre Bildbarkeit und erprobte erste pädagogische Konzepte. Jedoch hält der so genannte Methodenstreit noch bis heute an: so gibt es in Deutschland immer noch viel zu wenige Gehörlosenschulen, die ein bilinguales Schulkonzept vertreten, in dem sowohl in Deutscher Gebärdensprache (DGS) als auch in Deutscher Lautsprache unterrichtet wird. In den meisten Schulen werden die Kinder und Jugendlichen vorwiegend lautsprachlich unterrichtet, was nachweislich ein geringeres Bildungsniveau der SchülerInnen zu Folge hat.

Eine Person – eine Sprache

Bis heute wird von vielen WissenschaftlerInnen angenommen, dass der Erwerb der DGS als Erstsprache hemmend für die lautsprachliche Entwicklung eines Kindes sei. Sie gehen davon aus, dass sich ein gehörloser Mensch gänzlich in die Welt der Hörenden zu integrieren habe und besitzen keinerlei Kenntnisse über die Notwendigkeit der DGS für die Entwicklung, Bildung und Identität von Gehörlosen sowie die Kultur der Gehörlosengemeinschaft.

Tatsächlich ist erwiesen, dass die Normalentwicklung der starken Sprache eines Kindes die Basis für die langsamere Ausbildung einer zusätzlichen Sprache ist. Daher ist es für gehörlose Kinder und Jugendliche, gerade, wenn sie in einer hörenden Familie aufwachsen, unabdingbar, eine umfangreiche Förderung in Gebärdensprache zu erhalten, da dies die einzige Sprache ist, die sie auf natürlichem Wege erlernen und als Muttersprache annehmen können. Nur die Fähigkeit, in ihrer Muttersprache perfekt kommunizieren zu können, erlaubt es den Kindern, ihre Gedanken und Gefühle in Worte zu fassen. Negative Einschränkungen ergeben sich aus der Situation, mehrere Sprachen, in diesem Falle Laut- und Gebärdensprache, nur ungenügend zu beherrschen. Bleibt die Förderung muttersprachlicher Kompetenz aus, verschlechtern sich die Ausgangsbedingungen und die Bildungsentwicklung des Kindes wird gehemmt.

Und jetzt?

Im Idealfall haben sich deine Eltern schon beizeiten mit der Sprache und Kultur der Gehörlosengemeinschaft vertraut gemacht und sich dafür entschieden, dich bilingual zu erziehen – in Deutscher Lautsprache und Deutscher Gebärdensprache. Deine Eltern haben erkannt, dass dies der einzige Weg ist, der es dir ermöglicht, dich sowohl in der hörenden als auch in der gehörlosen Welt orientieren zu können. Außerdem kann es dir damit möglich sein, eine Brücke zwischen zwei völlig unterschiedlichen Kulturen zu schlagen.

Sarah Benke (21) studiert Gebärdensprachpädagogik in Berlin und ist Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Brandenburg.

Hintergrund:

Gehörlosigkeit

Noch heute werden Gehörlose in der Öffentlichkeit oft als „Taubstumme“ bezeichnet. Dieser Begriff gehört jedoch verbannt, da sich das Wort „stumm“ etymologisch von dem Wort „dumm“ herleiten lässt. Zudem sind Gehörlose nicht stumm, da ihre Sprechorgane vollkommen ausgebildet und durch die Gehörlosigkeit nicht beeinträchtigt sind. Außerdem bedeutet Gehörlosigkeit nicht, dass die Betroffenen im Generellen über keinerlei akustische Wahrnehmung verfügen. Im Gegenteil: Viele Gehörlose besitzen ein Resthörvermögen. Sie fühlen sich jedoch der Gehörlosengemeinschaft zugehörig und messen ihre kulturelle Identität nicht am Grad ihrer Hörschädigung.

Gebärdensprachen

Gebärdensprachen sind eigenständige, natürliche, vollwertige und visuell wahrnehmbare Sprachen. Sie besitzen eine eigene Grammatik, ein eigenständiges Vokabular und unterscheiden sich in ihrem Aufbau grundlegend von der Lautsprache der jeweiligen Länder. Fälschlicherweise wird von vielen Hörenden angenommen, bei der Gebärdensprache handele es sich um eine internationale Sprache. Doch Gebärdensprachen unterscheiden sich von Land zu Land. Allein im deutschen Sprachraum gibt es die Deutsche Gebärdensprache (DGS), die Österreichische Gebärdensprache (ÖGS) und die Deutschschweizer Gebärdensprache (DSGS). Jede von ihnen besitzt zahlreiche Dialekte. Die DGS wurde in Deutschland im Zuge des Behindertengleichstellungsgesetzes im Jahr 2002 rechtlich anerkannt. Erst seit diesem Zeitpunkt besitzen Gehörlose ein Recht auf DolmetscherInnen.

Statistik

In Deutschland leben etwa 15 Mio. hörbeeinträchtigte Menschen. Das sind fast 20 % der Bevölkerung. 80.000 Deutsche sind gehörlos. Insgesamt gibt es ungefähr 200.000 hörende und gehörlose SprecherInnen der DGS.

Anzeige

WERDE EUROPA-REPORTER/IN

BERICHTE DIREKT VON DER SOMMERUNI VOM 28.-31. AUGUST IN FRANKFURT/ODER

Bewerb dich jetzt als Europa-Reporter/in. Die GRÜNE Europaabgeordnete Rebecca Harms lädt zwei Mitglieder der GRÜNEN JUGEND ein, vom 28. - 31. August für die neue Homepage www.rebecca-harms.de direkt von der Sommeruni der GRÜNEN Europafraktion aus Frankfurt/Oder zu berichten.

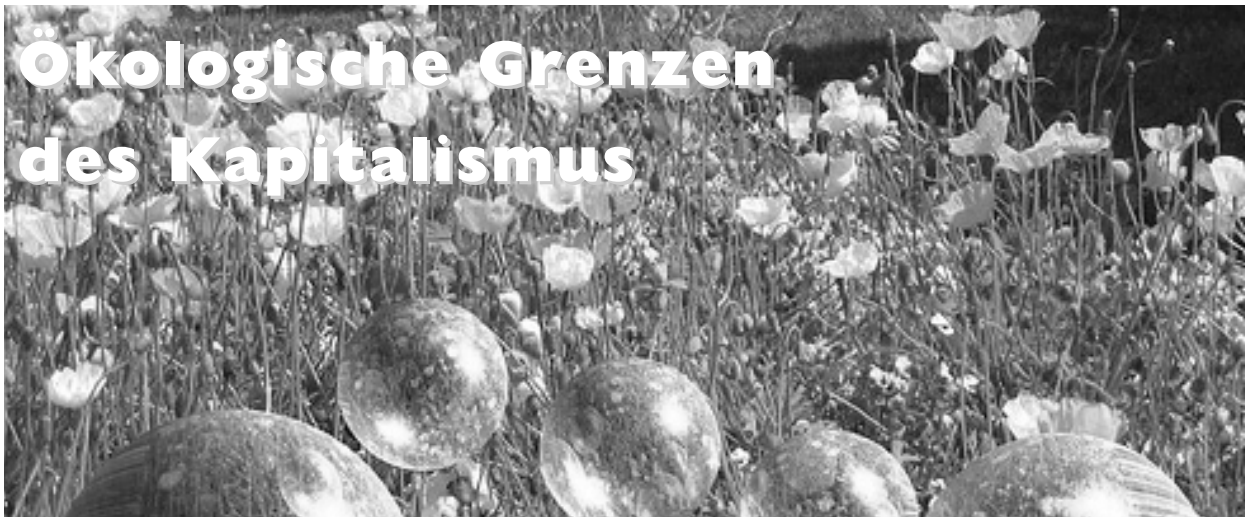
★ **Bewerbungen und weitere Infos bis zum 14. Juli über: www.rebecca-harms.de**

★ **Infos zur Sommeruniversität: www.green-summer-university.eu**

Rebecca Harms,
Mitglied des Europaparlaments
Die Grünen/EFA
Fon 0032.2.28-45695
rharms@europarl.eu.int
www.rebecca-harms.de

GREEN EUROPEAN SUMMER 2008 UNIVERSITY BRIDGING THE GAPS

Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament



Ökologische Grenzen des Kapitalismus

Durch den Kapitalismus werden die ökologischen Grenzen der Erde überschritten. Wie können diese Grenzen verteidigt werden?

ANNELEN MEYER

Aus Wirtschaftsinteressen leidet die Umwelt. Ozonlöcher, Bodenerosion, Waldsterben, Wassermangel, Artensterben und Klimawandel sind die Folgen. Menschen zerstören so auch ihre eigene Lebensgrundlage: Wir atmen dreckige Luft, trinken unreines Wasser und leben auf giftigem Boden. Immer mehr Menschen werden krank. Krankheiten wie Krebs oder Allergien werden immer subtiler und können nicht auf direkte Ursachen zurückgeführt werden. Im Schnitt kommt ein Mensch im Leben mit bis zu 60.000 Chemikalien in Kontakt.

Der Kapitalismus ist darauf ausgerichtet, dass Unternehmen ihren Profit maximieren. Der Verbrauch und die Zerstörung von öffentlichen Gütern wie Luft, Gewässer oder Natur gehen weder in die Kalkulation von Unternehmen noch in den Marktpreis ein, sie sind kostenlos. Es ist für Unternehmen wirtschaftlich nicht sinnvoll, ökologisch zu produzieren. Ein einzelnes Unternehmen hat nicht mal die Möglichkeit freiwillig teurer zu produzieren, wenn es konkurrenzfähig bleiben will. Die Konkurrenz zwischen Unternehmen zwingt dazu, die Produktivität ständig zu steigern. Dies hat auch zur Folge, dass es zu größerem Umweltverbrauch kommt. In den meisten Fällen ist die Steigerung der Produktivität mit zusätzlichem Energieverbrauch, also mit mehr Umweltzerstörung verbunden.

Gibt es ökologische Gerechtigkeit im Kapitalismus?

Trotz der Kapitalismuskritik, weil dieses Wirtschaftssystem Naturzerstörung in sich trägt, können wir nicht das Ende dieses Systems abwarten. Nur deswegen abzulehnen unser Wirtschaftssystem ökologisch zu gestalten, weil so das System als solches nicht in Frage gestellt wird, wäre falsch, denn angesichts des Klimawandels muss schnell gehandelt werden. Aus realpolitischer Perspektive ist es notwendig durch Regulierung der Märkte im Sinne von Natur und Umwelt zu handeln.

Märkte ohne ökologische (und soziale) Regulation sind tyrannisch. Regulierungen sind durch Steuern und Zertifikate möglich und verhindern zumindest, dass öffentliche Güter nicht kostenlos verschmutzt werden. Werden für die Nutzung von Luft oder Wasser Gebühren erhoben, begrenzt dies nicht nur das Ausmaß der Nutzung. Auch können die Erlöse, die so eingenommen werden, allen zu Gute kommen.

Umweltsteuern und Zertifikate als Instrumente ökologischer Verteidigung können, wenn sie streng ausgestaltet sind, ökologische Grenzen durchsetzten. Sie sind somit ein notwendiger Ansatz, der allerdings seine Grenzen hat: Es ist unmöglich Natur und Umwelt vollständig in Wert zu setzen. Dieses ist aber immer erforderlich, wenn Umweltschäden in Geld ausgedrückt werden sollen. Auch wenn Maßnahmen, die Umweltschutz auf „marktwirtschaftlichem Wege erreichen wollen zu weniger schädlichem Verhalten führen können, so ändern sie nichts an der Profitorientierung der Unternehmen.

Zur Durchsetzung harter Regulierungsmaßnahmen zu Gunsten der Ökologie fehlt bisher der politische Wille. Deswegen müssen wir weiter dafür kämpfen, dass ein System von Ökosteuern und Zertifikaten auf der internationalen Ebene ökologische Grenzen setzt. Gleichzeitig müssen wir unser kapitalistisches Wirtschaftssystem überdenken, damit das Ökosystem der Erde geschützt wird.

Annelen Meyer (21) kommt aus Göttingen und würde lieber in einer gerechteren Welt leben.

Freie Schulen

Die SchülerInnen, die mit dem niedersächsischen Schulsystem leben müssen, haben längst festgestellt, dass es nicht funktioniert. Die Menschen, die es kreiert haben, leider noch nicht.

JUDITH KÖNIG

Gerade jetzt, da die Schulzeit um ein Jahr verkürzt wird, steigt der Druck immens. Schon GrundschülerInnen brauchen vermehrt Nachhilfe, Hobbies werden nach und nach eingestellt und Eltern hyperventilieren, sobald ihr Kind mal mit einer schlechten Note nach Hause kommt. Auch die frühzeitige Selektion sorgt dafür, dass GrundschülerInnen sich nicht frei entwickeln können, sondern stattdessen versuchen müssen sich strikt an die Vorgaben des Kultusministeriums zu halten und die vorgegebenen Bahnen nicht zu verlassen.

Eine Möglichkeit die Grenzen des jetzigen Schulsystems einzureißen, bietet die Idee der Freien Schule. Hier wird auf die Individualität der SchülerInnen eingegangen und niemandem wird etwas aufgedrückt, was gar nicht passt. Bei einem Informationsabend der Freien Schule Braunschweig wurde ein guter Einblick in das Konzept und den Alltag einer solchen Schule gegeben. Hierbei handelt es sich um eine Grundschule, in der Erst- bis VierklässlerInnen unterrichtet werden. Dies geschieht ohne Aufteilung in Altersgruppen, so dass alle Kinder gemischt in vier Klassen aufgeteilt sind.

Der größte Vorteil an diesem Konzept ist, dass die älteren SchülerInnen den jüngeren helfen können, z. B., indem sie bestimmte Aufgabentypen, die sie bereits kennen, erklären. Da sie sowohl sprachlich als auch sozial mit den Jüngeren auf einer Ebene sind, gelingt es ihnen oft schneller und effektiver die Inhalte zu vermitteln. Hinzu kommt eine Steigerung des Selbstbewusstseins, wenn sie merken, dass sie jemandem helfen konnten und ihr eigenes Wissen und Können wird gefestigt, wenn sie es in eigenen Worten weitergeben. LehrerInnen und ErzieherInnen haben oftmals nur eine beaufsichtigende Funktion und müssen selten eingreifen.

Der Alltag an dieser Schule ist in drei Unterrichtseinheiten aufgeteilt. In der ersten, die nach der Begrüßungsrunde beginnt, werden die staatlich vorgegebenen Inhalte zu Mathematik, Deutsch, Sachunterricht, etc. vermittelt. Anschließend, nach einer Frühstückspause mit frischem Obst und Gemüse, beginnt die so genannte Wahlarbeitszeit, zu deren Beginn die Kinder ihre Planung mitteilen, ob sie zum Beispiel etwas über Landkarten oder Diagramme lernen wollen, an einem Zeitungsprojekt teilnehmen oder lieber eine Buchvorstellung vorbereiten möchten. Die LehrerInnen und BetreuerInnen schreiten auch hier nur beratend ein.

Anschließend gibt es Mittagessen, was jeden Tag von einer anderen Gruppe von Kindern geplant, eingekauft und gekocht wird. Obwohl die Eltern helfen, lernen die SchülerInnen doch, dass sie alleine etwas auf die Beine stellen können und ihre Selbstständigkeit wird gefördert. Nach dem Essen beginnt die Angebotszeit, in welcher es sportliche, künstlerische und musische Angebote gibt. Die Teilnahme ist allerdings nicht verpflichtend, so dass die Kinder auch die Möglichkeit haben zu spielen oder sich auszuruhen. Der Schultag endet mit einem Abschlusskreis, wo der Tag reflektiert werden kann und wo darauf hingewiesen wird, was am nächsten Tag ansteht.

Weitere Ereignisse während eines Schuljahrs sind etwa die Projektwochen, das Schulschlafen, die Klassenfahrten und diverse Feste. Diese vier Jahre Schule helfen den Kindern sich individuell im eigenen Tempo zu entwickeln, stärken ihr Selbstbewusstsein und ihre Selbstständigkeit und zeigen, dass die Schule nicht nur ein Ort des Lernens sondern auch des Lebens ist.

Judith König (18) ist IGEL-Redakteurin und hat gerade ihr Abi in Wolfenbüttel hinter sich gebracht.

Freiheit von Kultur

Kulturelle Unterschiede und welche Freiheiten diese erlauben.

Simon Beneke

Jeder von uns wird im Alltag oder in den Medien immer wieder mit fremden Kulturkreisen konfrontiert. Dieser Artikel soll ein kurzes Plädoyer dafür sein, diese Kulturkreise vielleicht etwas weniger wichtig zu nehmen. Immer wieder hört man, dass man bestimmte Verhaltensweisen nicht vergleichen kann, dass z.B. ChinesInnen anders erzogen wurden, eine andere Kultur haben und wir letztlich unsere Maßstäbe nicht an ChinesInnen, InderInnen, AraberInnen anlegen dürfen. Natürlich ist es richtig, dass man niemals davon ausgehen sollte in allen Punkten die optimale Meinung zu haben, aber wenn man seine Meinung begründen kann, sollte man auch im „interkulturellen" Dialog zu dieser stehen.

Was bedeutet es eigentlich aus einem „fremden" Kulturkreis zu kommen? Bedeutet dies eine zwangsweise Konditionierung, die mich automatisch dazu bringt, dass ich nicht mehr in der Lage bin rational über die Vor- und Nachteile meines Landes und seiner Struktur nachzudenken?

Sind wir westlichen Nationen die einzigen, welche Rationalität gepachtet haben; ein Produkt der Aufklärung welches den „fremden" Nationen fehlt?

Was bedeutet eigentlich Kultur? Ich trete hier für den Begriff der persönlichen Kultur ein. Dieser Begriff besagt, dass jeder Mensch sein eigener Kulturkreis ist, sogar in verschiedenen Umgebungen seine Kultur wechselt. Kann

Anzeige

Songcontest der Grünen:

„Beat the heat" – Musik für den Klimaschutz

Amateurbands können Aufnahme-Session im Tonstudio gewinnen

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer und der Kreisverband Hildesheim laden ein zum Songcontest „Beat the heat - Musik für den Klimaschutz". Ab sofort können sich alle MusikerInnen, Songschreiber und Tonkünsterlinnen mit eigenen Arbeiten daran beteiligen. Einsendeschluss ist der 30. August. Den Gewinnern wird die Aufnahme ihres Songs im Hildesheimer Trillke-Studio finanziert. Weitere Preise sind Einkaufsgutscheine.

„Der gigantische Energieverbrauch und der unbändige Konsum der Industrieländer, die Billigflieger, die Spritfresser, die Massentierhaltung und viele andere Fehlentwicklungen der modernen Zivilisation haben in den letzten Jahrzehnten zu einem drastischen Raubbau an der Natur und einer ruinösen Umweltverschmutzung geführt. So kann es nicht weitergehen!", heißt es in dem Aufruf zum Wettbewerb. Und direkt an alle Interessierten gerichtet: „Ihr wisst: Veränderungen beginnen in den Köpfen und Herzen. Dazu könnt ihr euren Teil beitragen! Denn Musik berührt und bewegt die Menschen oft viel stärker als das gesprochene und geschriebene Wort.

MusikerInnen haben sich schon immer eingemischt und engagiert, wenn es darum geht, aufzurütteln, Mut zu machen und Veränderungen in Gang zu setzen."

Eingereicht werden können Songs zum Klimawandel und den damit zusammenhängenden Themen, Problemen und Ideen. Der Musikstil ist egal. Ausreichend sind Aufnahmen in Probenraum-/Demoqualität. Eine fachkundige Jury wird die Songs bewerten und unter allen EinsenderInnen die Gewinner ermitteln.

Weitere Informationen zum Wettbewerb gibt es unter.

www.pothmer.de | brigitte.pothmer@wk.bundestag.de

man überhaupt davon ausgehen, dass ein Mensch als hochkomplexes Lebewesen mit Millionen von Einflüssen auf ihn letztlich mit einer so groben Struktur wie der Landeskultur analysierbar ist? Zwei Bauern in Hessen können direkt nebeneinander aufgewachsen sein, eigentlich müssten sie eine sehr ähnliche Kultur haben, dennoch sind es bei auch nur oberflächlicher Betrachtung völlig verschiedene Menschen. Gegen diesen Punkt kann natürlich eingewendet werden, dass der Kulturbegriff ja auch nicht so stark gefasst werden muss, die Kultur nur eine Grundtendenz in der Bevölkerung des Landes angibt. Wenn dies aber der Fall ist, wofür brauchen wir den Begriff dann überhaupt wenn er sobald ich mich mit einzelnen Personen oder auch nur gewissen Gruppen unterhalte sofort wertlos wird?

Meine Aufforderung ist hier nicht Traditionen, Geschichte und Bräuche eines Landes zu ignorieren. Meine Aufforderung ist erstens, den Begriff der Kultur wenn er uns in den Medien begegnet, nicht einfach aufzunehmen, sondern ihn äußerst kritisch zu reflektieren. Dies gilt auch für solche populistischen Spielereien wie die „Jugendkultur“. Zweitens sollten wir immer wenn wir uns mit Menschen unterhalten immer erst einmal davon ausgehen, dass der Gegenüber ein genauso rationales Lebewesen ist wie man selbst, egal woher er kommt. Menschen mögen ein Demokratiemodell nach westlichem Prinzip ablehnen und dafür teilweise auch gute Gründe haben aber nur sehr wenige Menschen würden generell der Aussage zustimmen, dass sie nicht die Möglichkeit verdienen sich an ihrem politischen System zu beteiligen.

Für diese Aussage gibt es nicht viele rationale Pro-Argumente welche nicht gleichzeitig die Person selbst herab würdigen. Gehen wir mit offenem Geist und möglichst wenig kulturellen Vorurteilen in die Gespräche mit anderen, ob nun Deutsche mit anderer Erziehung oder Ausländern, glaube ich, dass wir deutlich mehr erfahren können als wenn wir nur die Fragen stellen, welche wir im Reiseführer gelesen haben.

Simon Beneke (22) ist IGEL-Redakteur und Mitglied der GJ Hannover.

Anzeige

Jürgen Trittin, MdB

030 / 2 27-72248
juergen.trittin@bundestag.de

Energiesparen, Effizienz, Erneuerbare. Die drei E´s stehen heute nicht mehr nur für das Credo von Ökologen. Grüne Energiepolitik ist gleichzeitig Klimaschutz, Friedens- und Wirtschaftspolitik. Der Klimawandel verschärft globale Sicherheitsrisiken. Naturkatastrophen, Klimaflüchtlinge, Ressourcenkonflikte, ökonomische Schäden, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – all dies wird sich bei unterlassenem Klimaschutz in den nächsten Jahrzehnten dramatisieren.

Grüne sind die Entdecker dieser Zusammenhänge, die sich heute weltweit durchsetzen, von Stern Review über das Nobelpreiskomittee bis hin sogar zum Weissen Haus. Wir werden aber immer diejenigen bleiben, die am konsequentesten nach diesen Einsichten handeln. Dafür gibt es in der Bevölkerung auch Mehrheiten, nicht aber bei der Großen Koalition. Merkel betreibt nur Klimaschutzdarstellung, ohne real zu liefern. Verfehlten schon die Meseberg-Beschlüsse der Großen Koalition das Ziel, bis 2020 40 % der Treibhausgase zu vermindern, so schmolzen diese Vorsätze in der Umsetzung wie Gletscher im Hochsommer.

Die Bundesregierung wird mit den bisher geplanten Maßnahmen ihre eigenen Klimaschutzziele meilenweit verfehlen. Im Verkehrsbereich soll nun nicht einmal mehr das erreicht werden, was die Automobilindustrie der damaligen Umweltministerin Merkel versprochen hat. Statt 120g CO2 pro km nun 130, statt 2012 nun 2015, statt Strafzahlungen Ausnahmeklauseln für große Autos. Merkel wird zur Autokanzlerin. Eine entschlossene ökologische Rahmensetzung wird nur mit den Grünen gelingen. Darum geht es in den kommenden Landtagswahlen und in der Bundestagswahl 2009. Klimaschutz sofort!

Gratis-ÖPNV hui, Umweltplakette pfui!

Statt unattraktiv zu machen, was unattraktiv gehört, sollte attraktiv gemacht werden, was attraktiv gehört!

Juliane Seibert

Der menschengemachte Klimawandel wird vor allem global, also auch in Europa massive soziale Probleme aufwerfen. Zu erwarten sind unter anderem ungeheuerliche Flüchtlingsströme infolge von Naturkatastrophen und Krieg. Es ist also bei weitem nicht mehr möglich, ökologische Probleme ohne eine soziale Ebene zu betrachten. Vielleicht ist der Klimawandel genau deshalb auch das in den Medien dominierende ökologische Thema. Sogar der Bundeskanzlerin ist es ein großes Anliegen, sich als Klimaschützerin zu präsentieren.

Angesichts der massiven Probleme, die der Klimawandel in den nächsten Jahrzehnten verursachen wird, ist es also an der Zeit, drastische Mittel zu ergreifen, die Schäden zu minimieren. Es ist absolut notwendig, bei diesen Maßnahmen immer auch die soziale Ebene mitzudenken.

Eine relativ unstrittige Regulierungsmaßnahme war zum Beispiel die Ökosteuer, im Zuge derer die Benzinpreise durch Steuern erheblich angehoben wurden. Zwar wurde der Parteitagsbeschluss der Grünen, der Liter Benzin solle 5 DM kosten, bis heute nicht erreicht, aber die Folgen sind trotzdem erheblich. Der Benzinverbrauch in Deutschland ist zwar – wie sollte es auch anders sein –gesunken, allerdings ging das auch auf Kosten der Lebenshaltung bestimmter Bevölkerungsgruppen: zum Beispiel Menschen, die auf dem Land leben, haben oft kaum Möglichkeiten, andere Fortbewegungsmittel als Autos zu nutzen. Dass Menschen vom Land wegziehen, nur weil das Benzin teurer wird, ist kaum zu erwarten. Durch die Ökosteuer ist ganz klar eine wirtschaftliche Last für Menschen mit bestimmten Lebensentwürfen geschaffen worden. Besser ist dies durch die nun eingeführten Umweltplaketten bestimmt nicht geworden: Menschen, die alte Autos fuhren und auf diese angewiesen waren, mussten zusehen, wie sie sich modernere Automobile anschafften. Die wenigsten von ihnen sind die medial überrepräsentierten Oldtimer-Besitzenden, sondern wohl eher Menschen, die sich kein moderneres Auto leisten konnten. Die Vermutung, dass dadurch mehr Leute auf alternative Fortbewegungsmöglichkeiten umsteigen würden, muss sich erst noch bewahrheiten, aber ich bezweifle, dass dies passieren wird.

In diesen Reformansätzen lässt sich wenig Sozialkompetenz entdecken. Vielleicht sollte anderswo angesetzt werden? Die höchsten zulässigen Schadstoffwerte eines polnischen Neuwagens sind deutlich niedriger als bei deutschen Neuwagen. Aber was sollte in einem Staat mit einer so starken Automobillobby wie Deutschland auch anderes zu erwarten sein? Steuerungsinstrumente in die Richtung sind also kaum zu erwarten, wenn auch trotzdem wünschenswert.

Sinnvolle Regulierungsmaßnahmen ergreifen!

Es sollte der gesamte Staat betrachtet werden, von dem ja eigentlich ein ganzheitliches Handeln zu erwarten sein sollte. Hier nun ein paar attraktivere und sozialverträglichere Schritte:

Eine ausgiebige Förderung der Radnutzung ist kostengünstig und klima-

freundlich. Ein Kilometer, der mit dem Fahrrad zurückgelegt wird, kostet die öffentliche Hand circa 1,1 Cent, wohingegen ein Autokilometer allein die Kommune bereits das Zehn- bis Zwanzigfache kostet. Berufspendelnde, die statt mit dem Auto mit dem Fahrrad unterwegs sind, ersparen täglich Kosten von 2,50 Euro. Insofern ist es sinnvoll und notwendig, die Fahrradförderung in die Verkehrsplanung deutlich mehr miteinzubeziehen. Wenn es erreicht würde, dass im Durchschnitt pro Jahr und Person 1000 statt bisher ca. 300 Kilometer mit dem Fahrrad zurükkgelegt würden, könnten 7,5 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr eingespart werden.

Wenn es keine Tierhaltung mehr gäbe, gäbe es auch kein Klimaproblem – kein wunder, wenn in Betracht gezogen wird, dass Methan, welches ja hauptsächlich von Rindern ausgestoßen wird auf den Treibhauseffekt circa 23 mal so stark einwirkt, wie das meistgenannte Treibhausgas Kohlendioxid. Natürlich wird es wohl kaum je zum Staatsziel erklärt werden, alle sollten sich ab sofort nur noch vegan ernähren – jedoch suggeriert ein Blick auf die Internetseite des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, es sei das Ziel der Regierung, die Bürger dazu zu bewegen, am besten ausschließlich Tierprodukte zu konsumieren. Da ist die Fleischpropaganda der CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft) noch gar nicht miteinbezogen. Bei einer derartigen Propagandapolitik braucht es einen nicht zu verwundern, dass die deutsche Bevölkerung eine der Dicksten weltweit ist.

Statt zu hoffen, dass den Autofahrenden irgendwann auffällt, dass das aus ihrer Warte ungemütlichere Bahnfahren eine gute Alternative ist, könnten sie auch mit der Nase drauf gestoßen werden: wäre der öffentliche Personennahverkehr gratis, müsste niemand mehr anstrengende Rechnungen anstellen, was für wen jetzt günstig ist.

In Australien ist vor einiger Zeit die Glühbirne verboten worden. Es müssen jetzt also alle Energiesparlampen nutzen, auch hier entfällt nun also Bildungsarbeit darüber, dass Energiesparlampen ein besseres Preis-Leistungsverhältnis haben. Genauso könnte der Staat auch vorgeben, dass Elektronikgeräte, die neu verkauft werden grundsätzlich die höchste Energieeffizienzklasse haben müssen. Und warum dürfen neue Geräte eigentlich eine Stand-by-Funktion haben, wenn, gäbe es sie nicht oder würde sie nicht genutzt, zwei große Kraftwerke (wahlweise Kohle oder Atom) abgeschaltet werden könnten?

Ganzheitliche Steuerungselemente schaffen!

Wenn der Staat will, dass die Menschen bestimmte Produkte kaufen und andere nicht, so ist das System, dem die Ökosteuer folgt, eines, dass bestimmte Dinge unattraktiv macht – logischer wäre es doch, die Dinge attraktiv zu machen, die konsumiert werden sollen. Eine Strategie dabei wäre – wenn schon unbedingt steuerliche Regelungselemente genutzt werden sollen – bestimme Produkte zwar bewusst zu verteuern, andere erwünschte Produkte (regenerative Energien, öffentlicher Personenverkehr, regionale Bio-Lebensmittel etc.) aber im gleichen Zuge stark zu subventionieren.

Juliane Seibert (19) aus Hannover ist Vorsitzende des Landesschiedsgerichts der GJN und arbeitet derzeit bei JANUN.

Schwarz, Rot, Gelb und Grün – Mehr als nur Farben?

Müssen sich Grüne in der neuen Parteienlandschaft auf jede Farbenkonstellation einlassen? Oder ist Schwarz-Grün ein politisches und moralisches Tabu? Was ist wichtiger: Macht oder Inhalt?

CHRISTIAN HINRICHS.

Manche Gespräche gehen mensch nicht aus dem Kopf. „Wenn ihr mit der CDU zusammengeht, habe ich euch das letzte mal gewählt", diesen Satz bekam ich während des Straßenwahlkampfes in Hamburg wenige Tage vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen häufiger zu hören. Damals antwortete ich diesen Leuten stets aus Überzeugung: „Das kann ich mir nicht vorstellen".

Das Unvorstellbare wurde dann doch wahr und die Republik diskutierte plötzlich über neue Regierungskonstellationen und die durch die Linke veränderte Parteienlandschaft. Wie soll mensch nun die erste schwarz-grüne Landesregierung in diesem Land bewerten?

Bei keiner anderen Koalitionsdebatte gibt es soviel Emotionen und Ideologie. Für die einen ist es reine Strategie durch neue Bündnisse an Regierungen zu kommen und für die anderen noch immer eine Grundsatzfrage. Doch zeigt sich an dieser Debatte auch die veränderte Lage der deutschen Parteienlandschaft. Die alten herkömmlichen Lagerbündnisse haben keine Mehrheiten mehr und nun taktieren die StrategInnen in den Parteizentralen neue Machtoptionen aus. Deshalb ist es zu kurzsichtig sich allein auf Hamburg oder schwarz-grün zu beschränken.

Hamburg: „Unter grünem Lack doch nur ein Pfeffersack?"

Doch bleiben wir erstmal in Hamburg. Insbesondere das gebrochene Wahlversprechen die Elbvertiefung zu verhindern, hat für die Grünen im niedersächsischen Umland Hamburgs große Auswirkungen gehabt. Viele Grüne sind in den Bündnissen und Initiativen der ElbvertiefungsgegnerInnen aktiv und mussten sich nun für die Entscheidung aus Hamburg rechtfertigen. So fragte der NABU die GAL nach Abschluss der Koalitionsvertrages in Anspielung auf den Hamburger Hafen: „Unter grünem Lack doch nur ein Pfeffersack?"

Auf vielen Ebenen wurde diskutiert: Wie grün ist der Koalitionsvertrag? Haben Grüne ihre Inhalte aufgegeben? Ich habe mir eher die Frage gestellt: Warum ist es so schwer für eine Partei ehrlich zuzugeben, dass bei Verhandlungen nicht alles erreicht wurde und mensch Kröten schlucken musste? Stattdessen hörte mensch immer nur, wie grün der Vertrag doch sei. Kein Wort jedoch von den Schattenseiten. Diese Ehrlichkeit hätten die WählerInnen und insbesondere die wahlkämpfende Basis verdient. Immerhin war es die Basis, die auf der Straße den Menschen mit Slogans, wie „Keine Kohle von Beust" unbewusst die Leute verarschten und dabei gleich mit verarscht wurden. Abgesehen von den zum Teil ziemlich faulen Kompromissen in einigen Politikbereichen gibt es sicherlich auch einige Erfolge. Allerdings kann es nicht das Ziel der Debatte sein kleinkariert einen Koalitionsvertrag Seite für Seite durchzuarbeiten und die zum Teil regional sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen miteinander abzugleichen. Jedoch wurde es unterlassen in der Partei einen Dialog über die Frage zu führen, wann und unter welchen Bedingungen wir in Bündnisse (egal mit wem) einsteigen wollen.

Wir hier unten – die da oben?

Fördern diese Koalitionsdebatten nun die Politik- oder Parteienverdrossenheit? Immerhin vertrauen die Men-

schen den Parteien von Umfrage zu Umfrage jedes mal ein Stückchen weniger und die allgemeine Verdrossenheit zeigt sich auch in der stetig abnehmenden Wahlbeteiligung. Das Gefühl von „Wir hier unten – die da oben“ ist weit verbreitet. Der Trend ist klar. Dennoch wird nichts getan. Vielmehr werden Alibi-Veranstaltungen aufgezogen, die zum Ziel haben den Menschen ein Gefühl von Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen zu geben. Von den Jugendparlamenten über Stadtteilforen bis hin zu den Agenda 21 – Gruppen. Die Leute erarbeiten Konzepte und Ideen, wie sie ihre eigene Lebensumwelt gestalten wollen und häufig genug werden eben diese Ideen von der „großen Politik“ auf allen Ebenen missachtet oder abgelehnt. Dabei wären diese Beteiligungsgremien eine echte Chance die Partizipation der Menschen zu verwirklichen – dafür müsste man jedoch diese Gremien auch ernst nehmen.

Vor und nach der Wahl: Was sind Versprechungen noch wert?

Leider wird die Beteiligung von Menschen am politischen Prozess von den Herrschenden weniger als Chance sondern mehr als Bedrohung empfunden. Solange diese Parteiendemokratie so unnahbar für die Menschen bleibt, werden sich die Menschen zunehmend außerparlamentarischen Gruppen zuwenden oder es gleich sein lassen mit dem Engagement. Die Parteien leiden schon heute unter Mitgliederschwund.

Angst vor zu viel Demokratie

Was in anderen Staaten längst Normalität ist, wird von den PolitikerInnen hierzulande als „Schwäche“ abqualifiziert. Viele Staaten werden von sogenannten Minderheitenregierungen regiert, die sich jeweils bei jedem neuen Thema neue Mehrheiten im Parlament suchen müssen. Statt mit satten Mehrheiten durchzuregieren, geht es darum in der politischen Auseinandersetzung die besten Ideen mehrheitsfähig zu machen. Dabei werden Entscheidungen von mehreren Seiten beleuchtet und auch die Opposition hat hier echte Gestaltungsmöglichkeiten. Ein Ausdruck wahrer Demokratie. Doch leider steht die deutsche Politik solchen Modellen noch ablehnend gegenüber. Dabei werden wir uns in Zukunft häufiger in solchen Situationen wiederfinden. Hessen ist hier nur ein Beispiel.

Die ersten Beschlüsse der rot-rot-grünen (Mehrheits-?)Opposition gegen die nur noch geschäftsführende CDU-Landesregierung unter Roland Koch wurden bereits gefasst. Es kann also funktionieren.

Was bleibt für uns zu tun?

Ein abschließendes Fazit mit präzisen Handlungempfehlungen kann an dieser Stelle niemand erwarten. Dennoch müssen wir im Hinblick auf die kommenden Wahlen und insbesondere der Bundestagswahl 2009 schauen, wie sich die Grünen positionieren. Ebenfalls müssen wir von Grünen mehr Ehrlichkeit bei Koalitionsaussagen einfordern. Die Standfestigkeit der eigenen Partei ist ein wichtiger Beitrag gegen die Politikverdrossenheit der Menschen in diesem Land.

Nicht zuletzt deswegen sollten uns Gespräche mit den Leuten auf der Straße, wie das eine in Hamburg, in Erinnerung bleiben.

Christian Hinrichs (20) ist für die Grünen kommunalpolitisch im Kreis Stade aktiv und ist Riesenfan von Willy Brandt und seiner „Mehr Demokratie wagen“ - Politik.

Die Entdeckung der Kriechtiere

Sie wurde neugierig, trat näher und fand eine kleine Öffnung durch die sie hindurchschlüpfte.

Sie blickte sich um. Überall sah sie seltsame Wesen auf dem Boden kriechen, die anscheinend von dem in der Mitte stehenden Aufseher zu dieser erniedrigenden Körperhaltung gezwungen wurden.

Sie empfand Ekel, drehte sich schnell wieder um, um den Ausgang zu finden. Verwirrt blieb sie vor der noch eben existierenden Öffnung stehen und bemerkte, dass es keinen Ausgang mehr gab und sie wohl bald entdeckt werden würde.

In ihrer Panik versuchte sie ein Stück Mauer zu lockern, da wurde ihr Genick schon von einer schweren Hand gepackt. Zögernd wendete sie ihren Kopf zur Seite und blickte in seine hässliche Fratze.

Es war nun also zu spät. Hatte sie eben noch Abschaum und Mitleid mit den gebrochenen Figuren empfunden, hatte sie jetzt nur noch Angst um sich selbst. Bevor sie sich wehren konnte, gab ihr der Mann einen kräftigen Schlag auf den Rücken. Sie fiel zu Boden. Als sie sich aufrichten wollte, wurde sie angebrüllt; er drohte ihre Zunge rauszuschneiden und befahl ihr kriechend im Kreis zu laufen. Unsicher blickte sie um sich, erwartete eine Erklärung der anderen Gebückten. Doch die nickten ihr nur auffordernd zu, es ihnen gleich zu tun. Sie sammelte ihre letzten Kräfte und streckte ihren Körper auf, entgegen den anderen.

Dem Aufseher schrie sie lauthals in die Fresse und erntete dafür Schläge.

Zu ihrem Entsetzen erkannte sie in diesem Moment, dass die Kriechtiere wohl vorher auch Menschen gewesen sein müssten. Da fühlte sie eine immense Kraft in sich aufsteigen, die sie zu einem erneuten Kampf aufmunterte, dann verschwand diese und sie fiel

erschöpft auf den dreckigen Boden. Auf dem Gesicht des Aufsehers breitete sich ein fettes Grinsen aus und die Kriechenden zwinkerten ihr verheißungsvoll zu. Für einen kurzen Moment genoss sie die Anerkennung, bis sie, beim Anblick der Masse, Angst bekam, auch so zu werden. Ihr war klar, dass sie versuchen müsste auszubrechen. In einem unachtsamen Moment des Wächters richtete sie sich wieder vollends auf und rammte mit ihrer Waffe der Wut und Entschlossenheit gegen die Mauer. Wider Erwartens interessierte dieses den Aufseher gar nicht. Wieso hatte sich also niemand der anderen getraut auszubrechen?

Sehr bald hatte sie es geschafft, die Mauer zu zerstören. Sie stand nun dort, erlangte ihre Freiheit und Würde zurück, sonnte sich im Triumph.

Das Erlebte war grausam, die Kriechtiere eine Warnung, aber sie waren immer auf alles vorbereitet gewesen und auf der sicheren Seite, wenn sie taten, was ihnen gesagt. .

Welchen Weg sollte sie nun gehen? Den Weg nach Hause fand sie nicht mehr und niemand flüsterte ihr die richtige Lösung zu.

Gwen (18), hat ein Jahr Arbeit für lau hinter sich und geht jetzt wieder in Hannover zur Schule .

Paarbildung auf Zeit; Serielle Monogamie

Schon lange hat die gesellschaftliche Konvention ihre Stimmigkeit mit der realen Lebensgestaltung in Sachen „romantische Paarbeziehungen“ verloren. In einem solchen Fall bedarf es eines Diskurses, der in beide Richtungen wirkt – die faktische Lebensführung mahnt und die Konvention neu formuliert. Annelen präsentiert uns eine Formel, die genau das zu leisten im Stande scheint!

Es ist, wie immer wenn etwas endlich formuliert wurde, als würde sich vor einem ein verzwicktes Thema entblättern und doch durchschaubar werden: „Menschen sind seriell monogam“ – zumindest im 21. Jahrhundert. Im Nebensatz liegt allerdings auch der kritische Punkt der Argumentation. Leider braucht mensch immer irgend eine Art von wissenschaftlicher Evidenz um ein Thema befriedigend behandelt zu haben. All zu gerne wird sich da bei den Naturwissenschaften bedient und es kommt dann eine scheinbar unumstößlich bewiesene Natürlichkeit als Ergebnis der Argumentation heraus. Aber wenn Menschen natürlicher Weise seriell monogam sind, warum gibt es dann Paare, die ein Leben lang zusammen bleiben? Machen diese sich selbst in ihrer Konformität krank? Das der Mensch in ihrer/seiner Körperlichkeit auch biologisch bestimmt ist, ist fraglos richtig, aber dass sie/er durch ihre/seine Organik determiniert wäre ist ungefähr so plausibel wie den freien Willen zu leugnen, weil mensch die neuronale Vernetzung des Gehirns verstanden hat.

Wir treffen Entscheidungen und zwar in einem gesellschaftlichen Kontext. Die Freiheit in der Moderne ermöglicht es uns mit diesen Entscheidungen ehrlich umzugehen und in jeder Situation unabhängig von sozialen oder selbstauferlegten Zwängen die „Felder des Möglichen“ (Sartre) neu auszuloten. In jedem Moment die Wahl zu haben, verwirklicht diese Freiheit erst – zu behaupten, die Entscheidung sei biologisch vorherbestimmt nimmt sie uns wieder. Paare trennen sich nicht, weil die Hormone aufgehört haben zu brodeln, auch wenn dieser Umstand diese Entwicklung vielleicht begünstigt. Aber die Entscheidung treffen sie selbst. Weil die Lebenswege auseinander gehen (z.B. jemand wegzieht) oder weil mensch sich einfach selbst und damit auch ihre/seine Einstellung bzw. die eigene Haltung ihrem/seinem Gegenüber oder gegenüber Beziehungen allgemein geändert hat. Die eigentlich interessante Frage ist also nicht, wann welche Hormone weswegen ausgeschüttet werden oder nicht, sondern wie das Konstrukt Beziehung angelegt ist und welche gesellschaftlichen Bedingungen welche Art der Ausgestaltung ermöglichen oder auch verhindern. Das ist so wesentlich, weil die Ausgestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen ein (wenn nicht das) grundlegende(s) Element der Gesellschaftsstruktur und der Form des sozialen Zusammenlebens ist. Das ernst zu nehmen, sich Gedanken darüber zu machen und den sozialen Umgang bewusst zu gestalten prägt auch den Menschen zum gesellschaftlichen Subjekt, eben nicht nur als immer schon soziales sondern auch immer schon gesellschaftliches Wesen – statt ein biologistisches Menschenbild vorauszusetzten und dann eine gesellschaftliche Konvention dazu zu erfinden.

Hier wird auch die Bedeutung des im Artikel entwickelten Begriffs in die andere Richtung deutlicher, die leider in der biologistischen Argumentationskette fast untergeht: „Monogamie kommt weder den realen Bedürfnissen, noch den begrenzten Fähigkeiten der Menschen in puncto Beziehungsführung nach. Doch Polygamie auch nicht.“ In der biologistischen Vorgehensweise wirkt die Argumentation contra Polygamie schwerfällig. Sie funktioniert nicht, weil sie die Verlässlichkeit für die Kinderaufzucht nicht garantiert? In der modernen Gesellschaft treten ein Drittel aller Erziehungsberechtigten als Alleinerziehende und eine Unmenge an kinderlosen und trotzdem (seriell) monogamen Beziehungen den Gegenbeweis an. Polygamie funktioniert nicht, weil sich der immer schon gesellschaftliche Mensch ein Bild von der Beziehung machen muss, für oder gegen die sie/er sich entscheidet. Die Entwicklung eines solchen Bildes findet in der Polygamie einen Grenzwert des Gestaltbaren, weil zu einer Beziehung rein logisch (mindestens) zwei Menschen gehören und die Form der Beziehung daher von vorne herein sozial konstruiert, d.h. auf beiden Seiten annehmbar ausgehandelt, sein muss. Polygamie bedürfte einer viel stärkeren gesellschaftlichen Konvention und damit einem radikaleren Zwang auf die/den EinzelneN, als das freie Einvernehmen über eine Beziehung zwischen den Beteiligten. Mehr noch: Polygamie ist schlicht kein Beziehungsmodell, sondern reines individuelles Netzwerkhandeln.

Moritz Keppler (25) ist aktiv bei der Grünen Jugend Göttingen.

CHRISTIVAL 2008

Dialog mit FundamentalistInnen?

Ende April fand in Bremen der evangelikale Jugendkongress Christival mit 16.000 TeilnehmerInnen statt.

SARA DAHNKEN

Die Idee viele junge ChristInnen dazu zu bewegen nach Bremen zu kommen, um zusammen an Seminaren teilzunehmen und zu feiern, ist begrüßenswert. Jedoch wurde dieses Vorhaben durch evangelikale, intolerante Ansichten überschattet.

Diskriminierende Meinungen, wie z.B. Homosexualität sei heilbar und somit eine Krankheit, sowie Abtreibung sei Mord, sollten den Jugendlichen als Gottes Wort und „einzige Wahrheit" in Seminaren vermittelt werden. Die Deutung der Bibel bleibt jedem/r selbst überlassen solange die Grenze der Meinungsfreiheit nicht überschritten wird. Wenn jedoch die Würde des Menschen angegriffen wird, verhält man sich menschenrechts- und somit verfassungswidrig. Dies darf nicht kritiklos geduldet werden.

Auf Pressedruck hin wurden Seminare abgesagt- eine Problemlösung ist dies jedoch nicht! Die VeranstalterInnen der betroffenen Seminare, als auch der Christival e.V., haben sich nicht von den Äußerungen distanziert und an keinen öffentlichen Diskussionsrunden, wie z.B. der von der Grünen Jugend Bremen organisierten Podiumsdiskussion „Frei denken, handeln, lieben", teilgenommen. Stattdessen wurde KritikerInnen mit Klagen gedroht. Doch als diese sich nicht einschüchtern ließen, wurden die Verfahren zurükkgezogen.

Die Eingefahrenheit und Gefährlichkeit evangelikaler Ansichten wurden durch Olaf Latzel (Pastor der Martini Gemeinde Bremen) während der genannten Podiumsdiskussion deutlich.

Die von Volker Beck (MdB) und Annegret Siebe (Pro Familia) eingebrachten Kritikpunkte nahm Herr Latzel durch seine Art von Interpretation der Bibel und fanatische Glaubensüberzeugung nicht an. Er beharrte weiterhin auf der Sündhaftigkeit von Homosexualität und Abtreibung.

Somit wurden die Grenzen der Kommunikation mit FundamentalistInnen für uns sehr deutlich. Sie lassen sich nicht durch vernünftige Argumente und tolerante Ansichten von „ihrer Wahrheit" abbringen. Dieser Fanatismus führt weltweit zu religiös basierten Auseinandersetzungen und ist äußerst gefährlich. Wenn wir uns global dafür einsetzen, dass Menschenrechte anstatt Religionsbücher die Grundlage jeder Verfassung werden, dann müssen wir auch lokal dafür Sorgen, dass diese Errungenschaft uns nicht verloren geht.

Die Kritiker des Christivals, u.a. Pro Familia, Bündnis90 /Die Grünen (besonders auf Bundesebene Volker Beck (MdB) und lokal Klaus Möhle (MdBB)), das Bündnis Freiheit für Vielfalt, die Grüne Jugend Bremen und viele mehr, konnten durch ihre Aktionen keine FundamentalistInnen bekehren, jedoch jungen ChristInnen klar machen, dass ihr Glauben nicht intolerant sein darf und sie kritisch und keinesfalls leichtgläubig den PastorInnen gegenüber stehen sollten.

Sara Dahnken (22) macht gerade ein Praktikum bei den Grünen und will die Situation von Schwulen und Lesben in Bremen verbessern.

Christival ist ein mehrtägiger Jugend-Kongress, der seit 1976 fünfmal in Deutschland stattgefunden hat. Das fünfte Christival wurde Ende April 2008 in Bremen unter dem Motto Jesus bewegt durchgeführt. Eingeladen hatte die Evangelische Allianz Bremen. Träger des Christival ist der gemeinnützige Verein Christival e.V., der zur Deutschen Evangelischen Allianz gehört und dem 122 Mitglieder aus den evangelischen Landeskirchen, aus Freikirchen sowie aus verschiedenen christlichen Hilfswerken und Verbänden angehören.

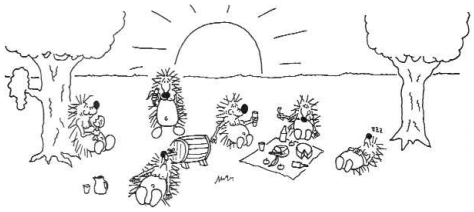
Finanziert wird das Christival von den Mitgliedern des Christival e.V., von Zuschüssen des Staates und von kirchlichen Organisationen sowie weiteren Spendern. Christival e.V. hat das Spendensiegel der Evangelischen Allianz. Zu den Firmensponsoren des Christival gehören u.a. die Friedhelm Loh Group, Heinrich Deichmann-Schuhe und Nissan Deutschland Schirmherrin des Christival 2008 war Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die auch den Vorsitz des Kuratoriums inne hatte. Sie wollte dadurch die christliche Kinder- und Jugendarbeit anerkennen und erwartete vom Christival 2008 ähnliche Impulse für nachhaltige christliche Kinder- und Jugendarbeit wie von früheren Christivals.

Zum Zeitpunkt ihrer Entscheidung, die Schirmherrschaft zu übernehmen, waren ihr die Inhalte der einzelnen Seminare noch nicht im Detail bekannt. Später intervenierte sie in einzelnen Fällen diesbezüglich. Das Familienministerium unterstützte das Christival mit 250.000 Euro; das waren 8 % der Gesamtkosten.

Weitere Infos: www.christival.de

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Christival

Was macht eigentlich der Landesvorstand?



Drei Monate ist es her, dass der neue Landesvorstand (Lavo) gewählt wurde und viel ist geplant, passiert, soll sich verändern und erneuern.

So versuchen wir im Verband durch persönliche Gesprächen und Ortsgruppenbesuche über mögliche neue Partizipationsmöglichkeiten auf Landesebene zu reden und bestehende vorzustellen. Zudem sorgen viele Ortsgruppengründungs- und -reaktivierungstreffen derzeit für mehr Stacheln in Niedersachsen.

Mitgliedergewinnung und strukturelle Unterstützung stehen an erster Stelle

In der Unterstützung und Vernetzung der Ortsgruppen sowie dem Transportieren von GJN-Interessen, Positionen und Aktivitäten nach außen sehen wir unsere Hauptaufgabe. Deshalb hoffen wir auch, dass bestehende Angebote des Landesverbandes noch viel mehr von allen Mitgliedern genutzt werden: Schreibt Berichte über Eure Ortsgruppen und Aktionen an webmaster@gj-nds.de, so dass unsere Homepage bunter wird und die GJN auch wirklich so darstellt, wie sie ist – nämlich aktiv. Beteiligt Euch an den Landesarbeitskreisen (LAKs) und nutzt unsere E-Mailadresse (gjn-lavo@gj-nds.de) als Kontaktadresse. Schickt uns Fragen, Anregungen, fordert Unterstützung an, ladet uns in Eure Ortsgruppe ein – sei es für einen thematischen Input, für Unterstützung bei Problemen mit den Altgrünen, wenn Ihr ein lokales Ereignis Niedersachsen weit bekannt machen wollt und auch falls Ihr Fragen jeglicher Art zum Landesverband habt.

Um mehr Mitglieder zu gewinnen hat die GJN vom Lavo der 'Altgrünen' das Angebot bekommen, sich in Form einer „GRÜNEN JUGEND/Grüne Zeiten“ allen Mitgliedern der Grünen in Niedersachsen vorzustellen. Diese Chance haben wir gleich wahrgenommen und freuen uns sehr, dass sich viele Mitglieder spontan an der Gestaltung dieser Zeitung beteiligten. Das Ergebnis könnt Ihr Euch unter www.gruene-niedersachsen.de ansehen. Zudem soll ein monatlicher GJN-Ticker allen niedersächsischen Mitglieder über die Aktionen und Veranstaltungen in den Ortsgruppen und auf Landesebene informieren.

Weg mit Kohledreck, Bildungslücken und Einfältigkeit

Aber auch inhaltlich wollen wir loslegen. So planen diverse Landesarbeitskreise (LAK) ein Reaktivierungstreffen und werden Euch über dieses

auf unserer Mailingliste [gjn-info] informieren. Ein Neugründungstreffen des LAK Bildung wurde bereits für den 11. und 12. Juli angekündigt. Anmeldungen richtet bitte an patrick.drenske@gj-nds.de. Zudem wollen wir das geplante Klima-Camp in Wilhelmshaven unterstützen und somit gegen den Bau von Kohlekraftwerken demonstrieren. Hier wird auch angedacht darüber hinaus aktiv zu sein und sich mit weiteren BürgerInneninitiativen (BI) zu vernetzen.

Vom 29.-31.August findet unsere nächste Landesmitgliederversammlung (LMV) zum Thema „Kulturpolitik“ statt. Besonders freuen wir uns über die rege Teilnahme von gut 70 Mitgliedern an der Themenabstimmung. In Emden werden wir uns aktiv für kulturelle Vielfalt, stärkere Förderung von Jugend- und Soziokultur und eine demokratisch, pluralistische freie Kultur für Alle einsetzen.

Ihr seid die GJN! - Mehr Basisbeteiligung ist, was wir wollen

Die regen Diskussionen und auch die vielen Rufe nach mehr Basisbeteiligung in unserem Verband zeigen, wie aktiv die GJN ist und werden will. Deshalb wird es auf der nächsten LMV ein Verfahren zur Abstimmung des nächsten LMV-Themas geben und auch den Leitantrag wollen wir mit allen Mitgliedern gemeinsam schreiben. Wir hoffen auf spannende Diskussionen im Vorfeld der LMV und einen tollen Leitantrag.

In diesem Sinne wünschen wir uns viel Feedback an gjn-lavo@gj-nds.de, viele Infos in unserem GJN-Ticker und über [gjn-info], rege Diskussionen auf [gjn-debatte] und ein baldiges Wiedersehen.

Stachelige Grüße,

Euer LaVo: Annelen, Birte, Christina, Clemens, Julia, Kevin, Pat und Sven

Basisgruppenticker

Wie in jeder Ausgabe präsentiert euch der IGEL an dieser Stelle jung-grüne Aktivitäten vor Ort. Wenn ihr euren Ort nicht findet, dann werdet selber aktiv und gründet eigene eigene GJ-Basisgruppe. Ihr seid aktiv und trotzdem nicht im IGEL? Dann sagt uns Bescheid!

Vor kurzem gründete sich in Braunschweig die GJ-Ortsgruppe neu. Sie setzt sich nun mit Bildungspolitik auseinander und plant einen Beschwerdebriefmit krasser Kritik und eindeutigen Forderungen zu schreiben und inBraunschweigs Schulen Unterschriften für diesen zu sammeln. Hinterherschicken wir den Brief mit Unterschriften dann an das Kultusministerium o.ähnl. (Wir sind aber noch nicht bei der konkreten Planung sondern noch beiminhaltlichen Teil)

Kontakt: www.gj-bs.de

Die GJ Göttingen wächst und wächst. Mit den vielen neuen Gesichtern, die wir in den letzten Wochen bei uns begrüßen durften, sind wir inzwischen zu einer Gruppe aus deutlich über 10 AktivistInnen angewachsen

Bewährt hat sich in Göttingen die Zusammenarbeit in Bündnisform. So ist die GJ Teil des überparteilichen „Energiebündnisses“, welches sich zum Ziel gemacht hat, die Macht der großen Stromkonzerne zu zerschlagen.

Dafür beteiligten wir uns u.a. an Aktionen und ließen PassantInnen auf dem Marktplatz vor der Kulisse eines aufblasbaren Atomkraftwerkes Fragen zu erneuerbaren Energien beantworten und verteilten leckere Atomkraftwerke zum Aufessen.Vor dem Bundeskongress beschäftigten wir uns mit den vorliegenden Anträgen und brachten uns durch Änderungsvorschläge und Anträge ein.

In den nächsten Wochen wird nach all den Aktionen unser Schwerpunkt wieder auf thematischem Arbeiten und Diskutieren liegen. Außerdem werden wir auf Podiumsdiskussionen des Stadtjugendrings an Göttinger Schulen Positionen beziehen und Stacheln zeigen.

Kontakt: www.gj-goettingen.de

Wir, die Grüne Jugend Hannover, haben uns in den ersten paar Wochen diesen Jahres das Schwerpunktthema Medien ausgesucht, um uns inhaltlich, in Form von Atktuellen Halben Stunden und Diskussionen, damit auseinander zu setzen.

In regionalen Medien, wie der Hannöverschen Neuen Presse oder Radio Flora, waren wir in letzter Zeit öfter vertreten, weil wir ihr Interesse mit einigen Aktionen auf uns lenkten. Unter anderem protestierten wir gegen das Pharma-Unternehmen Boehringer, das mit Schweinen in Massentierhaltung Impfstoffe entwickelt und kamen damit auf die Titelseite. Außerdem solidarisierten wir uns mit den Punks in unserer Innenstadt, um die es zurzeit viel Streit gibt, indem wir uns super schnieke angezogen, klassische Musik hörend und Rotwein trinkend vor eben die Läden setzten die sich in ihren absurden Vetreibungsforderungen besonders hervorgetan hatten.Uns forderte kein Geschäftsinhaber zum gehen auf.

Für den 12.07. planen wir einen Nacht-Info-Stand in der Innenstadt.

Kontakt:
mail@gj-hannover.de
www.gj-hannover.de

In Peine sind wir mit ein paar Leuten gerade dabei, die Grüne Jugend wieder aufzubauen. Demnächst haben wir einen Workshop mit den großen Grünen, um ein paar Sachen zu klären, danach wird's dann richtig losgehen.

Wir haben jetzt schon mehr Leute zusammen, als wir 2006 waren, bevor nach und nach alle irgendwohin gezogen waren. Wir hoffen, schon bald ein paar Aktionen starten zu können, jedenfalls haben wir schon einige Ideen.

Kontakt: wiebke.clark@gj-nds.de

Im Moment stecken wir Mitten in den Vorbereitungen zum Klimaaktionscamp „Dein Zelt für's Klima" im Juli in Wilhelmshaven. Hier soll nämlich der drittgrößte Standort für Kohlekraftwerke weltweit entstehen. Campen, Diskussion, Smart-Mob, Demo, Aktionen, Musik und vieles mehr erwarten Euch. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

Weitere Infos gibt's auf unserer Homepage www.gj-oldenburg.de. Das nächste Vernetzungstreffen findet am Samstag, den 14. Juni in Oldenburg statt. Also kommt alle vorbei und campt mit!Außerdem machen wir natürlich weiterhin Aktionen in Oldenburg z.B. gegen Rechts, gegen Atom oder für mehr Datenschutz. Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr im Büro der Grünen.

Kontakt: www.gj-oldenburg.de

Nachdem sich die Grüne Jugend Nienburg neu konstituiert hat sind nun 8 Jugendliche zwischen 11 und 18 Jahren dabei.
Für den August planen wir unter dem Motto "Fußball verbindet, Rechtsaußen bleibt draußen" ein antirassistisches Fußballturnier.
Wenn eine Basisgruppe Lust hat, mitzuspielen kann sie sich bei uns gerne melden!

Kontakt: marcel.fricke@yahoo.de melden.

Seit unserer Gründung vor einem Jahr hat sich bei uns einiges getan: Wir sind mittlerweile 12 Leute, diskutieren und streiten fleißig bei unseren wöchentlichen Treffen und veranstalten viele Aktionen.
Dazu gehört eine Müllsammelaktion bei MC Donald's, Informationsabende über Rechtsextremismus und Drogenpolitik, gemeinsames Fahnenschwingen auf Demos, die Organisation einer Demo gegen Atomkraft bei uns vor Ort und vieles mehr.
Im Moment sind wir dabei mal wieder einen Infoabend über Rechtsextremismus und einen über Drogenpolitik zu organisieren, eine weitere Demo gegen Atomkraft mit einem breiten Bündnis von Anti AKW GegnerInnen vor Ort, ein Konzert gegen Rassismus, eine Antinazidemo stehen an. Außerdem wollen wir gemeinsam mit der GJ Verden auf Kanutour gehen, sind Station auf der GJN Fahrradtour im Sommer und werden unsere Stadt durch Guerilla Gardening demnächst ein bisschen grüner gestalten.
Schaut doch mal auf unserer Homepage vorbei www.gj-rotenburg.de.tl oder trefft euch mit uns am Dienstag von 17-19Uhr. Bis bald, eure GJ Rotenburg!

Kontakjt: www.gj-rotenburg.de.tl

Die Grüne Jugend Gifhorn ist ein bunter Haufen von gut einem dutzend Jugendlicher, die sich hier in Gifhorn politisch und sozial engagieren wollen.
So haben wir zum Beispiel im Rahmen der Waldwoche einen Baum in der Innenstadt gepflanzt und die umliegenden Wälder erkundet, durch eine Flyer-Aktion vor Lidl die Kunden auf die miserablen Arbeitsbedingungen, die beim Discounter und seinen Zulieferern herrschen, aufmerksam gemacht und versucht, die Innenstadt durch das Säen von Lupinen und Gelbsenf zu verschönern.
Wir setzen uns außerdem für den Bau einer Disko direkt in Gifhorn ein, um den gefährlichen Nachhauseweg zu verkürzen, und sind auf Demos in Gifhorn (für ein freies Tibet), Braunschweig (gegen den Überwachungswahn) und Hamburg (am 1. Mai) präsent.
In naher Zukunft planen wir zum Beispiel ein vegetarisches Grillen für alle parteilichen Jugendorganisationen vor Ort und eine Aktion in der Innenstadt gegen die zunehmende Überwachung durch den Staat. Wenn du Lust hast, mal reinzuschauen: Wir treffen uns jeden Dienstag um 18 Uhr im Grünen Laden in Gifhorn.

Kontakt: www.gj-gifhorn.de.

Unsere Ortsgruppe Holzminden trifft sich jetzt regelmäßig jeden Dienstag um 18 Uhr im Haus der Jugend (am Haarmannplatz) in Holzminden.

Service machen wir mit links!

Hier habt Ihr E-Mail-Adressen und Telefonnummern von AnsprechpartnerInnen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN):

Landesgeschäftsstelle
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (05 11) 126 085 77
Fax: (05 11) 126 085 70
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Internetadresse: http://www.gj-nds.de
Bankverb.: Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500, BLZ: 251 205 10
Geschäftsführung:
Dima Konsewitch
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de

Landesvorstand
Julia Willie Hamburg (Sprecherin)
julia.hamburg@gj-nds.de
Göttingen

Sven-Christian Kindler (Sprecher)
sven.kindler@gruene-jugend.de
Hannover

Christina Hennig (Schatzmeisterin)
christina.hennig@gj-nds.de
Göttingen

Kevin Sanft (Polit. Geschäftsführer)
kevin.sanft@gj-nds.de
Gifhorn

BeisitzerInnen
Patrick Drenske (Hannover)
patrick.drenske@gj-nds.de

Annelen Meyer (Göttingen)
annelen.meyer@gj-nds.de

Birte König (Verden)
birte.koenig@gj-nds.de

Clemens Schwanhold (Wolfenbüttel)
clemens.schwanhold@gj-nds.de

IGEL-Redaktion
Gwendolyn Buttersack (Hannover)
Gwen2@gmx.net

Marcus Blumtritt (Hannover)
marcus.blumtritt@gj-nds.de

Ole Hilbrich (Braunschweig)
Ole.Hilbrich@gj-nds.de

Judith König (Wolfenbüttel)
judith.koenig@gj-nds.de

Simon Beneke (Hannover)
Simon.beneke@gj-nds.de

Birte König
birte.koenig@gj-nds.de

Vera Buttmann (Hannover)
vera.buttmann@gj-nds.de

Landesschiedsgericht
Juliane Seibert (Vorstitzende)
jule@janun.de

BA-Delegierte
Patrick Drenske
patrick.drenske@gj-nds.de

Nina Piel
nina.piel@gj-nds.de
Hameln

Mitglied im Landtag
Helge Limburg
Helge.Limburg@lt.niedersachsen.de
Nienburg / Hannover

Mitglied im Bundesvorstand
Jan Philipp Albrecht (Sprecher)
mail@janphilippalbrecht.de

Wichtige Termine die bald anstehen:

GRÜNE JUGEND

11-12.07.08 Gründungstreffen des Landesarbeitskreises (LAK) Bildung ab 17 Uhr in der LGS in Hannover

25-27.07.08 Klima-Aktionscamp in Wilhelmshaven
www.klima-aktionscamp.de

26.07-2.08.08 Fahrradtour der Gjn
Vorraussichtliche Route:
26.7. Emden
27.7. Norden
28.7. Wilhelmshaven
29.7. Bremerhaven
30.7. Stade
31.7. Rotenburg
01.8. Nienburg
02.08 Hannover

02-03.08.08 Lavoklauser zur LMV Vorbereitung

15-24.08.08 Klima- und AntiRa Camp in Hamburg

29-31.08.08 Landesmitgliederversammlung (LMV) in Emden zum Thema Kulturpolitik

Weitere Informationen und Kontaktadressen, auch von GRÜNE JUGEND-Gruppen in Eurer Nähe, bekommt Ihr in der Landesgeschäftsstelle oder im Internet:
www.gj-nds.de (Niedersachsen)
www.gruene-jugend.de (Bundesverb.)

Spritlos, politisch, vernetzend - Die Fahrradtour 08

Vom 26. Juli bis zum 2. August 08 findet wieder die Radtour der Grünen Jugend Niedersachsen statt.
Ihr erinnert euch sicher noch an die letzte: Eine kleiner Zusammenschluss von coolen Leuten fuhr mit dem Fahrrad durch ganz Niedersachsen.
Dort haben die FahradfahrerInnen bei Straßenaktionen mitgemacht und vor allem die Menschen kennengelernt und so die GJN vernetzt.
Das hat damals allen Beteiligten sehr viel Spaß gemacht.
Diese gehen davon aus, das die Tour dieses Jahr genauso geil wird, weswegen sie euch dringlichst raten mitzukommen!
Anmeldungen bitte an: Gwen Gwen2@gmx.net; Christina Hennig Christina.Hennig@gmx.net oder Pat: Patrick.Drenske@gj-nds.de

Hinweise zur Teilnahme an Seminaren

Meldet euch möglichst bald in der Landesgeschäftsstelle für die Veranstaltungen an! Die Teilnahmegebühr wird 10 Euro betragen und auf der Veranstaltung eingesammelt. Bahnkosten werden bis zu 50% des Normaltarifs (BahnCard 50 Preis) erstattet, Gruppentickets & ÖPNV ganz. Benzinkosten nur auf begründeten Antrag! Kostenanträge werden verteilt.
Ideen für Seminare und Kongress werden immer gerne vom Landesvorstand entgegen genommen!

Impressum

Herausgeberin
GRÜNE JUGEND Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 70
E-Mail: info@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500
BLZ: 251 205 10

Redaktion
Birte König, Gwendolyn Buttersack, Marcus Blumtritt, Ole Hilbrich, Judith König, Vera Buttmann, Simon David Beneke

Mitarbeit
Juliane Seibert, Jan Philipp Albrecht, Dagmar Hölscher, Britta Veltzke, Vanessa Hoffmann, Steffen Bach, Christoph Müller, Sven Kindler, Claudia Beckmann, Sarah Benke, Annelen Meyer, Christian Hinrichs, Moritz Keppler, Sara Dahnken, Dima Konsewitch

Von Frauen geschriebene Artikel:
58%

Layout
Jan Philipp Albrecht
Simon David Beneke

Druck
Akzent Druck Hannover, gGmbH
Auflage: 800 Stück

Anmerkung
Namentlich gekennzeichnete Artikel, besonders in den Meinungsseiten, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.